

VORAN

Zeitung der

SALV

Sozialistische Alternat

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

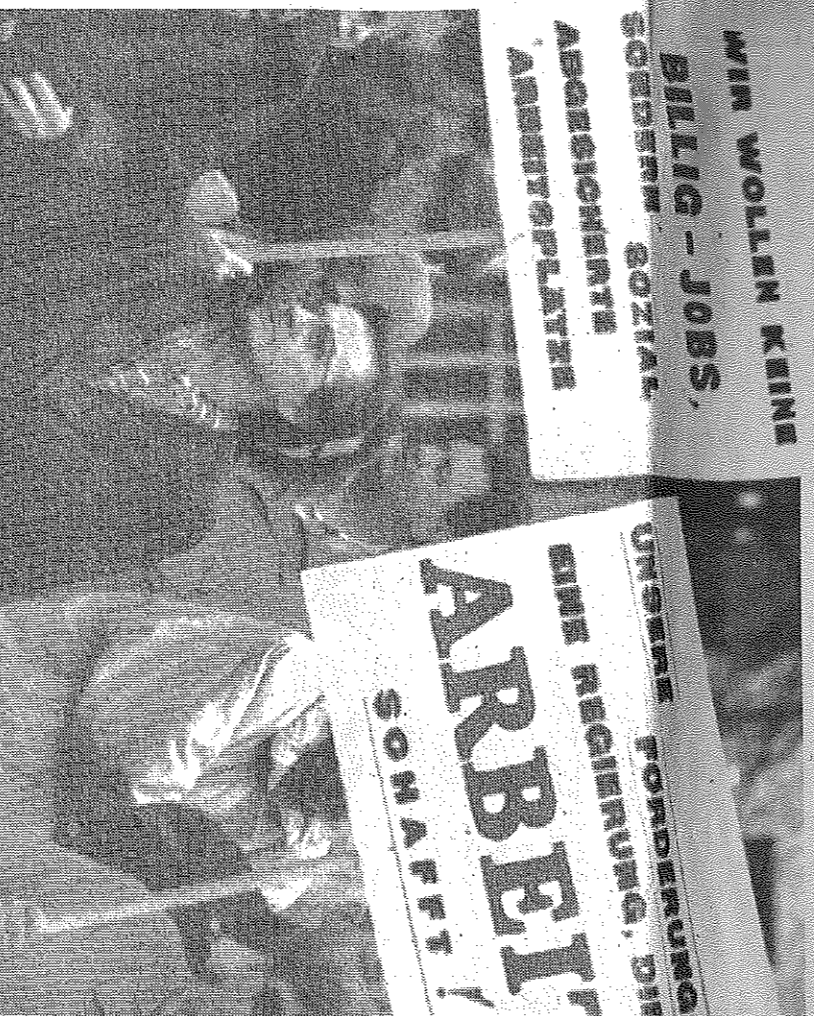
VORAN Nr. 201 Dezember 1998 / Januar

Neue Regierung gibt Unternehmern nach

Abwarten lohnt nicht

Jetzt Druck machen!

WIN WOLLEN KEINE
BILLIG - JOBS,
SONDERN SOZIAL
ANGEBIENENDE
ARBEITSPLÄTZE



Die Gewerkschaftsführung sollte endlich für Forderungen im Arbeitnehmer-Interesse mobilisieren, anstatt die rot-grüne Regierung zu loben. Im Bild: Arbeitslosenprotest in Straßburg im Frühjahr 1998.

Vieles wollte die SPD besser machen. Herausgekommen sind dabei nur Mickyhausen-Reformen. Und die sollen wir auch noch zum großen Teil über die sogenannte Ökosteuer ab April selbst bezahlen.

Georg Kimmel, Köln

Mit 30 DM fällt die Kindergelderhöhung bescheiden aus. Sozialhilfempfänger mit Kindern gehen sogar leer aus. Bei der „großen Steuerreform“ ist keine große Entlastung in Sicht. Die beschlossenen oder geplanten Maßnahmen machen nicht einmal ansatzweise die Umverteilung von unten nach oben, die in 16 Jahren Kohl-Regierung stattgefunden hat, rückgängig. (Siehe Kasten). In Sachen Ökosteuer hat Finanzminister Lafontaine inzwischen offiziell bekanntgegeben, daß, anders als ursprünglich geplant, von den Einnahmen keine einzige Mark für den ökologischen Umbau der Gesellschaft ausgegeben

wird. Die erwarteten acht Milliarden DM Steuerer-mehrnahmen für Benzin und Energie müssen überwiegend von den privaten Haushalten bezahlt werden. Zum Vergleich: Für den Bau des Transrapid ist die Rot-Grüne Regierung nach wie vor bereit 6,1 Milliarden DM auszugeben.

Die Regierung war auch mit dem Versprechen angetreten, der Vernichtung von regulären Arbeitsplätzen durch 620-Mark Jobs den Kampf anzusagen. Herausgekommen ist das Gegenteil. Die 620-Mark Jobs bleiben und die Unternehmer werden unterm Strich auch noch entlastet.

Bei den Regierungsplänen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll. Über vier Millionen registrierte Arbeitslose gibt es, fast sieben Millionen Jobs fehlen. (Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung), und Rot-Grün will

Mark-Jobs und Ausnahmeregelungen bei der Ökosteuer für die Unternehmer beweisen. Die eifrigsten Lobbyisten haben die Wirtschaftslobby mit Clement und Co. in der SPD selbst. Aber wer kämpft für die Interessen derer, die in den letzten 16 Jahren immer nur zahlen mußten? Wer kämpft für die vollständige Rücknahme der Zuzahlungen bei Medikamenten, Kuren, Krankenhausaufenthalten? Für die Rücknahme aller Steuergesetzänderungen zugunsten der Begüterten, für die Rücknahme der unzähligen Gesetzesänderungen zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger?

Die einzige linke Oppositionspartei im Bundestag, die PDS, beschränkt sich auf laises Mummeln im Parlament. Die Gewerkschaftsführer loben die neue Regierung sogar und suchen im sogenannten „Bündnis für Arbeit“ nach faulen Kompromissen, statt Druck im Interesse ihrer Mitglieder auf die Regierung zu organisieren. Und dieser Druck ist dringend nötig. Erstens können nur so Verbesserungen erreicht werden, die diesen Namen auch verdienen. Und zweitens wird die Rot-Grüne Regierung ohne Druck schon bald nachts Gleichzeitig hat der SPD-Ministerpräsident Clement schon vor der Bundestagswahl den Abbau von über 20.000 Stellen im Land NRW angekündigt. Der Stellenabbau bei bundeseigenen Bahn-AG geht weiter.

SPD und Grüne wollten der Welt weismachen, alle, Beschäftigte und Unternehmer, Arm und Reich, könnten durch Rot-Grün gewinnen. Aber diese Regierung steht vor der Wahl, entweder weiter Umverteilung von unten nach oben zu betreiben, oder das Geld von denen zu holen, die von 16 Jahren konservativer Regierung profitiert haben: Banken und Konzerne, Milliardäre und Milliardäre. Die zeigen selbst keine falsche Bescheidenheit und haben die Regierung vom ersten Tag massiv unter Druck gesetzt. Mit Erfolg, wie das Nachgeben der Regierung in Sachen 620-

Die Unternehmer jammen über die angeblichen Belastungen aus der rot/grünen Steuerreform. Abgesehen davon, daß die Pläne der neuen Bundesregierung leider keineswegs eine Umverteilung von oben nach unten vorsieht, sollten die Unternehmer eigentlich schon still sein. Die Steuerreformen der Kohlregierung (1986, 1990 und 1994) haben dazu geführt, daß profitable Konzerne wie Daimler, die das Geld haben nebenbei in aller Welt Unternehmen aufzuküpfen, keinen Pfennig mehr an Steuern zahlen (Quelle: direkt, Sonderheft 1/98). An diesen Fakten muß Rot/Grün sich messen lassen:

Deutschland bleibt ein Steuerparadies für Unternehmer

Die Steuern auf den Massenverbrauch (indirekte Steuern) und die Lohnsteuern machen einen immer größeren Anteil am gesamten Steueraufkommen aus. Indirekte Steuern: 1980: 40,2 Prozent 1997: 46,7 Prozent direkte Steuern: 1980: 58,2 Prozent 1997: 50,9 Prozent Lohnsteuer: 1980: 30,6 Prozent 1997: 31,2 Prozent Gewerbesteuer: 1980: 24,7 Prozent 1997: 14,3 Prozent (Quelle: Bundesministerium der Finanzen) um der Finanzen)

Die tatsächliche Steuerbelastung der 30 größten Börsenunternehmen ist von 54,5 (1989) auf 31,4 Prozent (1994) gesunken. (Quelle: direkt, Sonderheft 1/98)

Die veranlagte Einkommensteuer (zu zahlen von Selbständigen und Personenernehmer) ist von 1993 bis 97 um 83 Prozent gesunken (Quelle: aktuell 99).

Arbeitnehmer müssen über 90 Prozent ihres Einkommens versteuern, Selbständige und Unternehmer nur noch 55 Prozent. (Quelle: DIW)

Wäre der Anteil der Gewinnsteuern der Unternehmen am gesamten Steueraufkommen noch so hoch wie 1980, hätte er Staat gut 100 Milliarden DM mehr pro Jahr in der Kasse (Quelle: WSI)

Allein durch die von der Kohlregierung abgeschafften (und von der neuen Regierung nicht wieder eingeführt) Vermögens- und Gewerbesteuer haben Länder und Gemeinden Steuerausfälle von mindestens 16 Milliarden DM zu verkraften. (Quelle:

Trotz der Veränderung des Staatsbürgerschaftsrechts setzt die neue Regierung die ausländerfeindliche Politik fort

Schily kanthert

Die geplante Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts von 2 Millionen Menschen verbessern. Doch begleitet wird diese Maßnahme von Ankündigungen des Innenministers Schily (SPD), einer weiteren Einwanderung wäre nicht zu verkräften.

Claus Ludwig, Köln

Auch in rot-grün-regierten Bundesländern wird nach dem Grundsatz gehandelt, daß Flüchtlinge erst einmal als Flüchtiger und Kriminelle zu verurteilen sind. Ihre illegale Einreise nach Deutschland, oft die einzige Möglichkeit, heranzukommen, gilt als Beweis für ihre kriminelle Energie, nicht für ihre Verweigerung. Seit Januar 1998 halten sich in Nordrhein-Westfalen über 200 kurzfristige Flüchtlinge unter schwierigen Bedingungen in Kirchen auf, um ihre Abschiebung in die Türkei zu verhindern. Die Landesregierung hat sich seitdem keinen Zentimeter bewegt. In Schröders Niedersachsen droht

erhalt selbst verdient wird. Ehepartner von Deutschen können nach 3 Jahren den Paß bekommen.

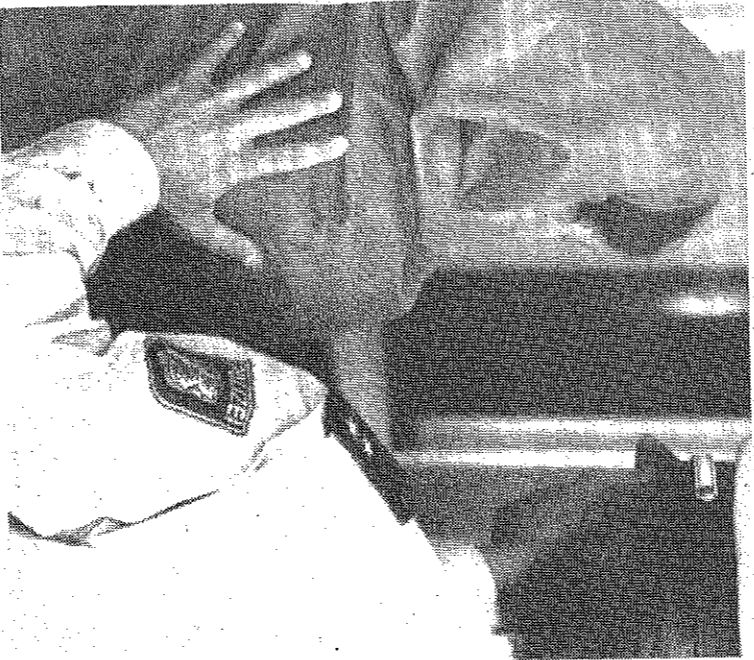
Für viele Menschen wäre das eine Verbesserung ihrer rechtlichen Situation. Aber diese Maßnahmen sind auch Teil einer zynischen Politik. Die Verbesserungen betreffen Menschen mit gesicherter Aufenthaltstatus. Sie arbeiten hier, haben Geschäfte gegründet, sind ein wirtschaftlicher Faktor. Bisher hat der deutsche Staat diese Menschen, durch die Verweigerung demokratischer Rechte entfremdet und in eine skeptische oder oppositionelle Haltung getrieben. Es gibt auch unter den Immigranten mit gesicherter Status häufig eine Solidarisierung mit den Neuanrückmülungen, weil ja alle „Ausländer“ sind. Mit der doppelten Staatsbürgerschaft wird Deutschland „modern“. Doch das ist nicht gleichzusetzen mit der Abkehr von ausländerfeindlicher Politik. Rassismus wird von den wirtschaftlich und politisch Mächtigen genutzt, um die Arbeit-

Logik sind Schilys Parolen Unsinn. Nach wie vor zahlen Zuwanderer mehr in die Sozialkassen ein (ca. 100 Milliarden DM pro Jahr), als sie daraus erhalten (ca. 70 Milliarden DM, nach Schätzungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung).

Aber darum geht es nicht. AusländerInnen sollen als Sünderböcke herhalten. Solange einem Teil der deutschen Bevölkerung eingeredet werden kann, Immigranten wären eine Belastung, können Unternehmen und Reiche besser Steuern vermeiden und die Sozialkassen plündern, solange können Bundes-, Landes- und Kommunalregierungen leichter Sozialkürzungen durchführen. Wenn es bis Ende 1999 wie abzusehen zu einer massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kommt, wird die „Ausländerfrage“ von Politikern aller bürgerlichen Parteien verstärkt aufgeworfen werden.

Nicht die wenigen Milliarden DM Sozialhilfe für Flüchtlinge führen zur Ebbe in den öffentlichen Kassen, sondern die 130 Milliarden DM Steuerhinterziehung jährlich und die legale Steuerentlastung deutscher Unternehmen um 110 Milliarden DM seit 1982, sowie die Kosten der Massenarbeitslosigkeit, verursacht von deutschen Unternehmen, um mit weniger Arbeitnehmern mehr zu produzieren und ihre Profite zu erhöhen.

Die SAV kämpft gegen die Spaltung in Deutsche und Nichtdeutsche und für die volle rechtliche Gleichstellung aller hier lebenden Menschen, für die Abschaffung der gegen Ausländer gerichteten Sondergesetze und für den gemeinsamen Widerstand gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit.



Die Pläne der Regierung sind keine wirkliche Wende. Auch unter rot-grün gehen Abschiebungen in Folterstraten weiter.

oppositionellen Nigieranern die Abschiebung in das von Militärcliquen beherrschte Land.

Und jetzt haut Schily auf die Panke und verkündet: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Kritisiert wurde er von SPDlern, Grünen und auch aus der CDU, daß er sich bitte vorsichtiger auszudrücken habe.

Schily hat aber seine Worte nicht zufällig gewählt. Die Parole von der „Belastbarkeit“, die den Eindruck erzeugt, jeder Immigrant würde Kosten verursachen, Platz wegnehmen, es wäre zu eng in Deutschland, war bis in die 80er Jahre ein Erkennungsmerkmal der extremen Rechten und wurde dann zum Allgemeingut der CDU/CSU. Heute will Schily damit beweisen, daß die SPD nahtlos an die Rechtsverschiebung der staatlichen Ausländerpolitik anknüpft.

Neue Spaltung

Das ist nur scheinbar ein Widerspruch zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Einen Paß sollen Immigranten ab der „zweimonatigen“ Generation bekommen. Daß heißt,

tende Bevölkerung zu teilen und so besser zu herrschen, auch in Ländern mit „moderner“ Einwanderungspolitik. In den USA hat das Establishment Schichten von Einwanderern – zum Beispiel Teile der asiatischen und kubanischen Immigranten – in das System eingebunden und kann diese teilweise gegen neuen Zuzug von Mexikanern mobilisieren.

Solche Möglichkeiten wollen sich die Herrschenden auch in Deutschland offenhalten. Wenn man der vor längerer Zeit eingewanderten türkischen, italienischen oder griechischen Bevölkerung vernünftigen kann, ihre neuen Rechte und ihr Ansehen wären durch Flüchtlinge aus Afrika, Kurdistan oder dem Kosovo bedroht, sind neue Spaltungslinien geschaffen.

Gleiche Rechte für alle

Schily weiß, daß er die Fakten verdreht. Der Ausländeranteil in Deutschland ist nur leicht gestiegen. Deutschland ist nicht „belastet“, die Bevölkerungsdichte bleibt stabil.

1997 haben sogar mehr Nichtdeutsche das Land verlassen als neue hinzugekommen sind. Angesichts der Situation in Bürgerkriegsländern und

Lafontaine propagiert landauf, landab, daß die Wirtschaftspolitik auch die Massenkaufkraft stärken müsse, um die Konjunktur zu stützen. Mit der „Okosteuern“ nimmt er aber gerade denen das Geld weg, die mehr Kritik einbringen. Doch das ist nicht der einzige Widerspruch bei seinen Vorschlägen.

Wolfram Klein, Stuttgart

Lafontaines Überlegungen beruhen auf der Theorie des britischen Wirtschaftsforschers Keynes zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in den 30er Jahren. Der bürgerliche Ökonom Keynes schlug damals im wesentlichen zwei Maßnahmen vor: Zum einen sollte der Staat in der Krise Schulden machen, um seine Ausgaben zu steigern und einen Rückgang der privaten Ausgaben auszugleichen. Zum anderen sollten die einkommensschwächeren Haushalte mehr Geld erhalten. Da die Reichen einen Teil ihres Einkommens sparen, während die Armen fast alles ausgeben, sollte das die Wirtschaft wieder in Schwung bringen.

Dann kam der Aufschwung erst durch die Aufstellung vor und während dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Krieg setzte sich Keynes' Lohn durch. Sie funktionieren aber

unser Standpunkt

Nein zum EURO – der Kampf geht weiter

Die Sozialistische Alternative (SAV) hat den EURO von Anfang an konsequent abgelehnt. Aber nicht aus nationalistischen Gründen, denn wir stehen für Internationalismus, für den gemeinsamen Kampf über Ländergrenzen hinweg, und uns ist egal, wie ein Geldschein bedruckt ist. Wir lehnen das Projekt EURO aus sozialen und politischen Gründen ab.

Der EURO bringt nicht Arbeit und Wohlstand. Das Gegenteil wird der Fall sein. Der EURO wird den Konkurrenzkampf verschärfen. Mit dem Wegfall der unterschiedlichen Währungen entfällt auch die Möglichkeit, Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung über Veränderungen bei den Wechselkursen abzuwehren. Unter dem Titel „Währungsunion und Arbeitsmarkt“ schreibt das Kielser Institut für Weltwirtschaft: „Die Arbeitsmärkte müssen flexibel werden, damit sich die durch die Währungsunion steigenden Anpassungszwänge nicht in erhöhter Arbeitslosigkeit niederschlagen.“ (Kielser Kurzbetriebe März 7/98). Mit anderen Worten: Der EURO stellt die Beschäftigten in Europa vor die Wahl: unsicheren Billigjob oder gar keinen Job.

Der EURO dient als Krampflöcher bei der Durchsetzung von Lohndrückerei und Sozialabbau. Wenn in Zukunft in Deutschland oder einem anderen Land die Forderung nach arbeitsplatzschaffenden öffentlichen Investitionen oder höheren Sozialausgaben erhoben wird, wird es sofort heißen, daß nationale Alleingänge wegen der gemeinsamen europäischen Währung nicht machbar wären. (Was übrigens keine Regierung daran hindert, nationale Alleingänge beim Sozialabbau zu beschreiben.) Der Euro verschafft dem Kapital noch mehr Bewegungsfreiheit und damit noch mehr Möglichkeiten zu Lohndumping und dem Ausspielen von Arbeitern und Arbeitern mit unterschiedlichen Pässen.

Der EURO ist undemokratisch. Die Europäische Zentralbank (EZB) soll die Währungspolitik unabhängig bestimmen. Das heißt, sie soll von den Interessen und Forderungen der überwältigenden Mehrheit der 290 Millionen Einwohner in den elf Teilnehmerstaaten unabhängig sein und nur den Interessen der Banken und Konzerne dienen. Die Deutsche Bundesbank mußte sich gegenüber der zaghaften Kritik der neuen Bundesregierung an ihrer Zinspolitik we-

nigstens noch öffentlich rechtfertigen. Der EZB sieht nicht mal eine europäische gewählte Regierung gegenüber.

Der EURO schafft nicht die Einigung Europas. Die Einführung des EURO selbst spaltet die Europäische Union in Teilnehmer- und Nicht-Teilnehmerstaaten. Im kapitalistischen Europa gilt das Gesetz des Stärkeren. Der EURO wird die Kluft zwischen wirtschaftlich starken und schwachen, zwischen armen und reichen Ländern und Regionen vertiefen. Sollen wir wirklich glauben, Europa könnte unter den Bedingungen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes wirtschaftlich und sozial geeinigt werden, wenn das nicht mal innerhalb eines Landes, in Deutschland zwischen Ost und West, funktioniert?

Die hehre Idee der Völkerverständigung in Europa steht im krassen Widerspruch zur brutalen Praxis der Jagd und Hetze gegen Flüchtlinge in ganz Europa.

Selbst einem bescheidenen Fortschritt, wie der Abschaffung der Grenzkontrollen, steht die neue geschaffene Möglichkeit gegenüber, Reisende und deren Gepäck auf allen deutschen Bahnhöfen auch ohne jeden Verdacht zu kontrollieren.

Der EURO funktioniert nicht. Eine Vorbildung für eine halbwegs harmonische wirtschaftliche Entwicklung ist eine halbwegs harmonische wirtschaftliche Entwicklung. Europa und die EURO-Länder stehen vor dem genauen Gegenteil. Eine tiefe Krise der Weltwirtschaft und in Europa wird die gemeinsame Währung höchstwahrscheinlich noch vor der geplanten Abschaffung der nationalen Geldscheine und Münzen im Jahr 2002 aus einandersprengen. Der Versuch, eine gemeinsame Währung auf kapitalistischer Grundlage einzuführen, kann nur in größten politischen und sozialen Turbulenzen enden.

Der Kampf gegen den EURO, gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau muß international, gemeinsam über Ländergrenzen hinweg geführt werden.

Die Alternative zum EURO der Banken und Konzerne ist ein sozialistisches Europa, in dem die Wirtschaft nicht den Profitinteressen dient, sondern den Bedürfnissen der Menschen.

Wunderwaffe Konsum?

erwartungen der Konsum zurück und die Ersparnisse steigen trotz Mini-Zinsen, weil die Leute Angst vor der Zukunft haben.

Der größte Haken ist aber, daß die Nachfrage der Endverbraucher nach Konsumgütern nur ein Fünftel der gesamten Nachfrage in der Wirtschaft ausmacht. 1996 betrug der private Verbrauch nur 2 Billionen DM, die Nachfrage der Unternehmen nach Maschinen, Rohstoffen, Vorprodukten etc. 5,3 Billionen DM, dazu kommen noch der Staatsverbrauch und die Bestellungen aus dem Ausland. Wenn Unternehmen Sorgen kriegen, ob sie ihre Waren noch mit Profit verkaufen können, sinkt ihre Nachfrage. Löhnerhöhungen gehen aber im Kapitalismus ebenso wie andere Kostensteigerungen zu Lasten der Profite. Eine höhere private Nachfrage kann einen Rückgang der Nachfrage der Unternehmen untereinander nur teilweise ausgleichen.

Gegensätzliche Interessen

Trotz ihrem wiederholten Scheitern wird die Politik der Stärkung der Massenkaufkraft zwecks Konjunkturanhebung wieder populärer vor allem in den Gewerkschaften. Die Idee, daß die Unternehmer ebenso wie wir ein Interesse an Lohnhöhungen haben und nur zu dumm sind, das einzusehen, ist eben verführerisch.

In Wirklichkeit haben sie und wir entgegengesetzte Interessen. Wir müssen für unsere Interessen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen kämpfen.

Der gegenwärtige wirtschaftliche Abschwung nach Jahren der „Beschneidbarkeit“ zeigt, daß wir auch durch Verzicht Krisen nicht verhindern können. Um wirksame Gegenwehr zu ermöglichen, müssen wir aber auch die Idee wieder verbreiten, daß es zum kapitalistischen Profitsystem eine Alternative gibt.

Mecklenburg-Vorpommern

PDS in SPD-Regierung - der falsche Weg

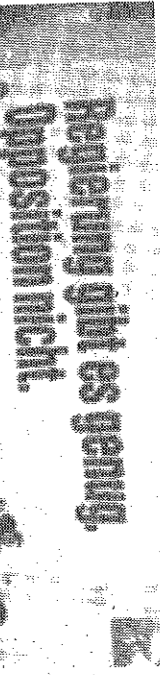
Die PDS könne mehr Verbesserungen für die Bevölkerung durchsetzen, wenn sie mit der SPD die Regierung bilde, statt in der Opposition zu bleiben. So begründete die Parteiführung ihre Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern. Gibt es tatsächlich keine Alternativen?

Kim Opgenoorth

Die SPD hat in den letzten Jahren eine Schwerelei nach der anderen mitgemacht, massenhafter Arbeitsplatzvermichtung, Privatisierung und dem Ausverkauf durch die Treuhänder hat sie nichts entgegengesetzt. Hintergrund dieser Politik ist, daß die SPD die Marktwirtschaft für das beste aller Wirtschaftssysteme hält und heute bedeutet Marktwirtschaft Arbeitslosigkeit und leere Kassen.

Die SPD ist keine Arbeiterpartei mehr. Sie macht seit Jahren arbeitfeindliche Politik. Sie macht bürgerliche Politik im Sinne der Kapitalisten. Mit so einer Partei darf eine Partei, die ihrem sozialistischen Anspruch gerecht werden will, keine Koalition eingehen.

Die PDS argumentiert, daß es richtig sei, mit der SPD eine Regierung zu bilden, weil es sonst zu einer Neuanfrage der großen Koalition käme. Aber erstens zwingt niemand die SPD mit der CDU zusammenzugehen. Wenn die SPD es vorzieht, lieber mit einem CDU-Koalitionspartner Kürzungspolitik durchzuführen, anstatt Verbesserungen



Regierung gibt es genug, Opposition nicht.

mit Hilfe einer Tolerierung von der PDS-Opposition umzusetzen, dann ist es ganz deutlich, daß die SPD in diesem Falle die Verantwortung trägt.

Und zweitens, wohin führt denn die Argumentation der PDS? Die SPD wird im Laufe der nächsten Jahre weiter Kürzungspolitik betreiben. Die PDS wird mit Bedauern feststellen, sie könne ja nichts tun, da sie in der Minderheit sei. Dagegen kämpfen könne sie aber auch nicht, da ja sonst die Koalition bräche und die SPD mit der CDU zusammengehen könnte.

Dieser Weg zeichnete sich schon während der Koalitionsverhandlungen ab. Noch im Wahlkampf forderte die PDS: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, 5000 Stellen im öffentlichen Bereich; Stopp der naturzerstörenden Ostseeautobahn A20, kein Bau des Transrapid, eine Jobgarantie für jeden Jugendlichen und eine bessere Finanzierung der Kommunen. Davon ist nun nicht mehr viel übrig geblieben.

Ein großer Teil der Bevölkerung hat durch ihr Wahlverhalten deutlich gemacht, daß sie klare Alternativen zur vorliegenden Regierung sucht. Die Auswirkungen der Regierungsbeteiligung der PDS wird sein, daß sich viele zu recht verärgert fühlen werden und sich eigene Möglichkeiten den radikalen Sprüchen der Rechtsexperten öffnen.

Um Verbesserungen für Arbeitnehmer und Jugendliche zu erkämpfen, ist keine

Regierungsbeteiligung nötig. Im Gegenteil, alle demokratischen Rechte und sozialen Verbesserungen mußten im Kapitalismus durch Druck auf Regierungen erkämpft werden und müssen heute gegen Regierungen, egal welcher Couleur, verteidigt werden. Wer wird denn den Kampf gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst gegen Gebührenhöhungen, gegen den Transrapid und gegen die Ostseeautobahn organisieren? Wer wird zu Protestaktionen und Mobilisierungen aufrufen und mobilisieren? Die PDS? Gegen ihre eigene Regierung, ihre eigenen Minister? Sicher nicht.

Das eigentliche Problem liegt darin, daß die PDS auch in der Vergangenheit als Oppositionspartei im Lande höchstens ein Papiertiger war. Und demnächst ist sie nicht einmal mehr das.

Heißt das, daß Sozialisten keine Verantwortung übernehmen? Natürlich nicht. Sozialisten übernehmen die Verantwortung, Widerstand gegen Kürzungspolitik und Sozialabbau zu organisieren. Und Sozialisten kämpfen für ihr Programm und für Mehrheiten für dieses Programm. Sie sind auch bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn sie eine Mehrheit für ihre Forderungen gewonnen ha-



Ihr da oben ...

Microsoft

Bei einer Computermesse hat Bill Gates die Computer-Industrie mit der Auto-Industrie verglichen und das folgende Statement gemacht:

„Wenn General Motors (GM) mit der Technologie so mitegehalten hätte wie die Computer Industrie, dann würden wir heute alle 25-Dollar-Autos fahren, die 1000 Meilen pro Gallone Spirit fahren würden.“

Als Antwort darauf veröffentlichte General Motors eine Presse-Erklärung (leicht gekürzt, die Red.): „Wenn GM eine Technologie wie Microsoft entwickelt hätte, dann würden wir heute alle Autos mit folgenden Eigenschaften fahren: Ihr Auto würde ohne erkennbaren Grund zweimal am Tag einen Unfall haben. Wenn man bestimmte Manöver durchführt, wie z. B. eine Linkskurve, würde das Auto einfach ausgehen und sich wegieren, neu zu starten. Man müßte dann den Motor erneut installieren.“

Macintosh würde Autos herstellen, die mit Sonnenenergie fahren, zuverlässig laufen, fünfmal so schnell und zweimal so leicht zu fahren sind, aber sie laufen nur auf 5 Prozent der Straßen. Die Öllampen für Leuchte, die Warnlampen für Temperatur und Batterie würden durch eine „Genereller Auto-Fehler“-Warnlampe ersetzt.

Gelegentlich würde das Auto Sie ohne jeden erkennbaren Grund ausperren. Sie können nur wieder mit einem Trick aufschließen und zwar müßte man gleichzeitig den Türgriff ziehen, den Schlüssel drehen und mit einer Hand an die Radioantenne fassen. Immer dann, wenn ein neues Auto von GM vorgestellt werden würde, müßten alle Autofahrer das Autofahren neu erlernen, weil keiner der Bedienhebel genau so funktionieren würde, wie in den alten Autos. Man müßte den „Start“-Knopf drücken, um den Motor auszuschalten.



Privatisierung des Rostocker Hafens. Die SAV warnte als einzige Partei vor den Abzockern.

Windige Privatisierung

SOS - ist der Rostocker

Hafen noch zu retten?

Vor 15 Monaten wurde die damals noch kommunale Hafenumschlagsgesellschaft privatisiert. Oberbürgermeister Pöker setzte bei der Bürgerentschaft durch, daß der Hafen an die Kent-Gruppe geht. In der Bevölkerung auferte sich damals schon Unmut, da die Kent-Gruppe schon im Vorfeld als windiger Geschäftemacher bekannt wurde.

**Katharina Zimmer/
Ronald Lüker/
Hoppe, Arbeitslosen-
komitee Rostock**

Denn der Stammsitz in London war nur eine Briefkastenfirma, die gerade einmal fünf britische Pfund als Stammkapital auf den Marshall-Inseln hatte. Kent bekam den Zuschlag für nur 19 Millionen DM (Wert 77 Millionen DM) plus Forderungsgelder in Höhe von 12,7 Millionen DM. Im Gegenzug versprach die Gruppe, die 500 A-Behälter zu erhalten und

Firmen weitere Jobs zu schaffen. Die Sozialistische Alternative (SAV) warnte als einzige Partei schon vor der Privatisierung vor diesen Abzockern. Sie forderte Betriebsrat und Gewerkschaft auf, alles zu unternehmen, bis hin zu Streiks und Betriebsbesetzungen, um den Verkauf zu verhindern. Leider taten sie aber nichts. Bei Unterschriftensammlungen gegen die Privatisierung teilten viele Rostockerinnen und Rostocker die Bedenken der SAV.

Leider sind die damaligen Befürchtungen Realität geworden. Der Hafen steht vor dem Aus. Alle 450 Arbeitsplätze sind gefährdet, denn seit Oktober ist Kurzarbeit angeordnet. Dem Ganzen die Krone aufzusetzen tut die Tatsache, daß Kent jetzt Studenten als Tagelöhner einsetzt. Die von Kent groß angelegte Reederei „Rostock Atlantik Linie“ (RAL) fuhr gerade zwei Mal mit jeweils zwei Containern - da-

Transrapid

Woll der Bau der Strecke Hamburg-Berlin um etliche Milliarden teurer wird, könnten die Pläne scheitern. Doch Rettung nahe im Herbst in Gestalt des NRW-Ministerpräsidenten Clement (SPD). „Wenn Hamburg Berlin gestrichen wird, bauen wir die Retenenzstrecke.“ Gedacht ist an eine Verbindung zwischen den Flughäfen Köln und Düsseldorf. Experten sagen allerdings, daß der Transrapid auf Strecken unter 500 Kilometern kaum einen Geschwindigkeitsvorsprung gegenüber dem ICE herausfahren kann. Die Strecke in NRW wäre knappe 60 Kilometer lang. Zwei ICE-Bahnhöfe an den beiden Flughäfen sind auch schon geplant. Bis hierhin ist der Vorschlag also nur noch etwas schwachsinniger als der zum Bau der Strecke Hamburg-Berlin. Das Besondere an dem Angebot aus NRW: Der Transrapid soll nicht auf Schienen sondern in einer fünf Meter tiefen Mulde neben der Autobahn A3 geführt werden. Warum? Auch Herr Clement weiß, daß das ganze Projekt ein gutes Geschäft für die beteiligten Firmen aber ansonsten ebenso teuer wie unsinnig und überflüssig ist. Und wie bekommt man das Ding später wieder aus der Welt? Die fünf Meter tiefe Mulde einfach zuschütten - Blumen drauf - fertig. Einfach genial. Nur schade, daß niemand früher darauf gekommen ist. Hätte man beispielsweise den Schnellen Brüder bei Kalkar und den Hochtemperaturreaktor bei Hamm vorausschauend in den Hochtemperaturreaktor errichtet und anschließend 80 Meter tiefen Erdlöchern errichtet und anschließend zugeschüttet - wieweiel Ärger und Kosten mit der Entsorgung der Milliardentrümmen wären uns erspart geblieben.

der können die von der Entlassung Bedrohten sich sicher sein. Das erfahren wir fast täglich bei unseren Info-Ständen auf der Straße. Nur der entschlossene Kampf für eine sofortige Rücknahme des Hafens in kommunale Hand unter Kontrolle der Beschäftigten, des Betriebsrates und der Gewerkschaften kann den Hafen retten. Auch eine zweite Privatisierung, das haben wir schon oft genug erleben dürfen, bedeutet

Arbeitsplatzvernichtung. Wir dürfen uns nicht auf die Bürgerschaft und Oberbürgermeister Pöker verlassen. Denn sie haben den Hafen verschertelt. Wir fördern eine Untersuchungskommission aus Vertretern der Belegschaft, des Betriebsrates und der Gewerkschaften, um

die Maßnahmen des Oberbürgermeisters anzudecken. Eines ist sicher: ohne Kampf um jeden Arbeitsplatz im Hafen hat Rostock bald keinen Hafen mehr und kann alle Lichter ausmachen.

Die Rettung des Hafens wäre eigentlich eine Aufgabe der Landesregierung, schließlich redet sie ja ständig davon Arbeitsplätze zu schaffen. Hier wäre eine konkrete Möglichkeit, erstmal Jobs zu erhalten. Wie wir aber leider wissen, werden sie es nicht von sich aus machen. Darum muß Druck von Unten gemacht werden, denn: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Zum Kotzen

Arbeitgeber in der Europäischen Union (EU) dürfen unter Umständen das Gehalt von Frauen kürzen, die wegen ypischer Schwangerschaftserscheinungen wie Übelkeit oder Müdigkeit nicht zur Arbeit kommen. Dies entzweigt der Europäische Gerichtshof. Diese Unpässlichkeiten seien bei einer Schwangerschaft üblich und begründeten deshalb keine wirkliche Arbeitsunfähigkeit. Wer weiß, vielleicht überdenken die Richter noch einmal ihre Entscheidung, wenn ihnen irgendwann einmal eine schwangere Sekretärin auf die Schuhe kotzt.



... wir hier unten

Gewerkschaftlicher Kampf statt „Bündnis für Arbeit“



In welche Richtung immer neue Zugeständnisse führen, machen diese Kollegen bei einer Demonstration deutlich.

Die Gewerkschaftsführer befehligen sich an einer Neuaufgabe des „Bündnis für Arbeit“. Bisher sind sie der Öffentlichkeit eine ehrliche Bilanz früherer Versuche schuldig geblieben.

Ursel Beck, Köln

Ziel der Unternehmer ist nicht, Arbeitsplätze zu schaffen. Denn gerade in den Jahren von 1991 bis 1997 sind die Nettogewinne um 47,6 Prozent gestiegen, die Reallohne um 7,8% gesunken und gleichzeitig wurden 2,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland verloren. Das einzige was die Unternehmer interessiert ist Profitmaximierung. Und die läßt sich angesichts einer um sich greifenden Weltrezession

weniger denn je mit der Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbaren, sondern nur mit verstärkter Ausbeutung und weiterer Arbeitsplatzvernichtung. Gewerkschaftsführung und Schröder-Regierung wollen diese einfache kapitalistische Wahrheit verschleiern. Dahinter steckt die Absicht eines erneuten Ausverkaufs von Arbeitnehmerinteressen. Der Ausverkauf geht inzwischen sogar soweit, daß Niederlagen als Erfolge verkauft werden. Dazu zwei Beispiele.

Bosch, Homburg

Unter der Überschrift „Arbeit solidarisch geteilt“ schreibt das Mitgliedermagazin der IGM im August 1997: „Bei Bosch in

Homburg (Saar) funktioniert das Bündnis für Arbeit: keine Überstunden, keine Entlassungen.“ Durch die Einführung einer Rationalisierungstechnik standen angeblich 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel während gleichzeitig Überstunden gefahren wurden. Der Betriebsrat unterschrieb eine Betriebsvereinbarung. Was der Betriebsrat kampfflos opferte war nicht aus dem Artikel zu entnehmen, sondern aus einem Leserbrief von kritischen Betriebsräten in der darauffolgenden Ausgabe von „metall“.

Homburg (Saar) funktioniert das Bündnis für Arbeit: keine Überstunden, keine Entlassungen.“ Durch die Einführung einer Rationalisierungstechnik standen angeblich 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel während gleichzeitig Überstunden gefahren wurden. Der Betriebsrat unterschrieb eine Betriebsvereinbarung. Was der Betriebsrat kampfflos opferte war nicht aus dem Artikel zu entnehmen, sondern aus einem Leserbrief von kritischen Betriebsräten in der darauffolgenden Ausgabe von „metall“.

Homburg (Saar) funktioniert das Bündnis für Arbeit: keine Überstunden, keine Entlassungen.“ Durch die Einführung einer Rationalisierungstechnik standen angeblich 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel während gleichzeitig Überstunden gefahren wurden. Der Betriebsrat unterschrieb eine Betriebsvereinbarung. Was der Betriebsrat kampfflos opferte war nicht aus dem Artikel zu entnehmen, sondern aus einem Leserbrief von kritischen Betriebsräten in der darauffolgenden Ausgabe von „metall“.

Homburg (Saar) funktioniert das Bündnis für Arbeit: keine Überstunden, keine Entlassungen.“ Durch die Einführung einer Rationalisierungstechnik standen angeblich 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel während gleichzeitig Überstunden gefahren wurden. Der Betriebsrat unterschrieb eine Betriebsvereinbarung. Was der Betriebsrat kampfflos opferte war nicht aus dem Artikel zu entnehmen, sondern aus einem Leserbrief von kritischen Betriebsräten in der darauffolgenden Ausgabe von „metall“.

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV

25 Kolleginnen aus 12 Städten nahmen am 21. November am bundesweiten Treffen des Netzwerks teil.

Angelika Tewelait, Kassel

Viele Kolleginnen berichten, daß in den Betrieben nach dem Regierungswechsel ein Stimmungswechsel zu spüren ist, weil viele erleichtert sind, daß Kohl endlich weg ist. Die meisten sagen, daß sie sich von der neuen Regierung nicht viel versprechen. Trotzdem haben auch einige die Erwartung, daß es zumindest etwas besser wird.

Einige Kolleginnen äußerten auf dem Treffen die Befürchtung, daß es wegen der engen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung schwerer wird, eine Opposition aufzubauen, und uns der Wind noch härter ins Gesicht blasen wird. Andere vertreten die Meinung, daß die Bedingungen gerade jetzt besser werden. Wir waren uns einig, daß die rot-grüne Regierung mit massiven Kürzungen, Arbeitsplatzabbau und Angriff auf unseren Lebensstandard weitermachen wird. Das wird auch zunehmend eine größere Schicht von Kolleginnen sehen. Wenn die Gewerkschaftsführung mit ihrer Kompromißpolitik weiter-

mürrig, wird der Unmut an der Basis zunehmen.

Festgelderhöhung...

Einige Kolleginnen berichten von Mitglieder- und Versammlungen, auf denen sie schon unsere Forderungen einbracht hatten. Es gab unterschiedliche Erfahrungen, doch wurde unsere Forderung nach Festgelderhöhung um 400-500 DM positiv aufgenommen. In einem Betrieb wurde diese Forderung zwar nicht angenommen, dafür aber eine Prozentforderung, die ungeachtet in derselben Höhe liegt.

Im Studentenwerk Aachen beschlossen die Kolleginnen eine Forderung von 600 DM Festgeld, im Bürgerhospital Stuttgart 500 DM. Das zeigt, daß es durchaus die Stimmung gibt, jetzt in die Offensive zu gehen, und zumindest einen Teil der Verluste der letzten Jahre wettzumachen.

Viele Kolleginnen haben Probleme mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß damit keine neuen Stellen geschaffen wurden, sondern nur der Arbeitsdruck gestiegen ist. Gerade aus diesem Grund argumentieren wir, daß für Arbeitszeitverkürzung

weniger denn je mit der Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbaren, sondern nur mit verstärkter Ausbeutung und weiterer Arbeitsplatzvernichtung. Gewerkschaftsführung und Schröder-Regierung wollen diese einfache kapitalistische Wahrheit verschleiern. Dahinter steckt die Absicht eines erneuten Ausverkaufs von Arbeitnehmerinteressen. Der Ausverkauf geht inzwischen sogar soweit, daß Niederlagen als Erfolge verkauft werden. Dazu zwei Beispiele.

Bosch, Homburg

Unter der Überschrift „Arbeit solidarisch geteilt“ schreibt das Mitgliedermagazin der IGM im August 1997: „Bei Bosch in

Homburg (Saar) funktioniert das Bündnis für Arbeit: keine Überstunden, keine Entlassungen.“ Durch die Einführung einer Rationalisierungstechnik standen angeblich 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel während gleichzeitig Überstunden gefahren wurden. Der Betriebsrat unterschrieb eine Betriebsvereinbarung. Was der Betriebsrat kampfflos opferte war nicht aus dem Artikel zu entnehmen, sondern aus einem Leserbrief von kritischen Betriebsräten in der darauffolgenden Ausgabe von „metall“.

Homburg (Saar) funktioniert das Bündnis für Arbeit: keine Überstunden, keine Entlassungen.“ Durch die Einführung einer Rationalisierungstechnik standen angeblich 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel während gleichzeitig Überstunden gefahren wurden. Der Betriebsrat unterschrieb eine Betriebsvereinbarung. Was der Betriebsrat kampfflos opferte war nicht aus dem Artikel zu entnehmen, sondern aus einem Leserbrief von kritischen Betriebsräten in der darauffolgenden Ausgabe von „metall“.

Homburg (Saar) funktioniert das Bündnis für Arbeit: keine Überstunden, keine Entlassungen.“ Durch die Einführung einer Rationalisierungstechnik standen angeblich 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel während gleichzeitig Überstunden gefahren wurden. Der Betriebsrat unterschrieb eine Betriebsvereinbarung. Was der Betriebsrat kampfflos opferte war nicht aus dem Artikel zu entnehmen, sondern aus einem Leserbrief von kritischen Betriebsräten in der darauffolgenden Ausgabe von „metall“.

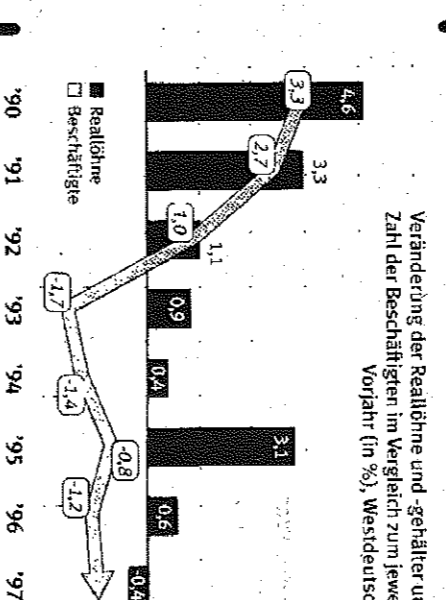
Homburg (Saar) funktioniert das Bündnis für Arbeit: keine Überstunden, keine Entlassungen.“ Durch die Einführung einer Rationalisierungstechnik standen angeblich 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel während gleichzeitig Überstunden gefahren wurden. Der Betriebsrat unterschrieb eine Betriebsvereinbarung. Was der Betriebsrat kampfflos opferte war nicht aus dem Artikel zu entnehmen, sondern aus einem Leserbrief von kritischen Betriebsräten in der darauffolgenden Ausgabe von „metall“.

Tariffrunde 1999

Tariffrunden waren in den 90er Jahren Minusrunden für die Beschäftigten. Die Gewerkschaftsführung machte den Unternehmern ein Zugeständnis nach dem anderen.

Nach den Tariffrunden haben Betriebsräte und örtliche Gewerkschaften es zugelassen, daß überörtliche Leistungen mit Lohnerhöhungen verrechnet und Öffnungsklauseln genutzt wurden, um Verschlech-

ten sich viele etwas nebenbei. „Das Geld reicht nicht“, so die Vertrauensleitekopterleiter (Stahlwerke Bremen). Die Kartellsequenz muß sein, daß es diese Gruppen in dieser Tarifrunde eine massive Erhöhung geben muß. Dies kann nur mit einer 6,5-Prozent-Forderung und einem Abschluß weit unter dieser Forderung liegt, erreicht werden. Nötig eine Forderung von 500 M. Festgeld und ihre Durch-



Veränderung der Reallohne und -gehälter und der Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr (in %), Westdeutschland

Lohnverzicht lohnt sich nicht. Die Zahl der Beschäftigten ging in den letzten Jahren trotz Zugeständnissen der Gewerkschaften zurück.

terungen durchzusetzen. Zwischen den Tarifrunden haben sich Betriebsräte, unterstützt von der Gewerkschaftsführung, erpressen lassen, oder sogar aktiv mitgeholfen, die Belegschaften zu erpressen.

Lohnquote auf historischen Tiefstand

Inzwischen ist die Lohnquote auf dem tiefsten Stand der Nachkriegszeit angekommen. Das heißt, ihr Anteil am Volkseinkommen ist so niedrig wie noch nie nach dem 2. Weltkrieg. Dabei sind heute so viele Erwerbstätige wie noch nie lohnabhängig. In den 80er Jahren war der Kampf für Arbeitszeitverkürzung noch Teil des gewerkschaftlichen Verteilungskampfes. Neuenstellungen sollen damit erkämpft werden und ein Ausgleich für die gestiegene Produktivität erreicht werden. Die Forderung nach vollem Lohnausgleich war selbstverständlich. Auch damals hat die Gewerkschaftsführung keinen konsequenten Kampf geführt. Inzwischen haben die Gewerkschaftspitzen aber sogar formal die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich aufgegeben. Damit nicht genug, haben sie sich voll den Arbeitgeberforderungen der Unternehmer angepasst. In vielen Betrieben wurde die Arbeitszeit real verlängert. Flexibilisierung und Arbeitszeitkonten bedeutet Überstunden ohne Zuschläge und Kurzarbeit ohne Kurzarbeitergeld. Wenn Arbeitszeitverkürzung vereinbart wurde, dann nur mit Teillohnausgleich oder zunehmend ohne jeden Lohnausgleich.

Nebenjobs

Die Zahl regulär Beschäftigter mit Zweitjobs hat sich seit 1987 mehr als verdoppelt, über 1,4 Millionen Menschen haben einen Nebenjob. Nochmal so viele arbeiten nach Feierabend zusätzlich als „Selbstständige“. Vor allem in den

Die Arbeitgeber der Privatindustrie und SPD/Grüne Tarifgegner im öffentlichen Dienst werden in der Tarifrunde massiven Propagandadruck auf die Arbeitnehmer ausüben. Sie werden behaupten, daß vor allem die unteren Einkommensgruppen sich durch Steuerreform, Senkung des Rentenbeitrags, Kindergelderhöhung entlasten werden und die Gewerkschaften deshalb in der Tarifrunde bescheiden sein müssen. In selbst den Gewerkschaftsführern die uns jahrelang erzählt haben, daß in den Tarifrunden nichts zurückgeholt werden kann, was die Kohl-Regierung uns aus den Taschen zog, werden uns jetzt einreden, daß die Vorleistungen Schröder-Regierung in Tarifrunde miteinbezieht werden müssen. Wie die Gewerkschaftsführer nach Argumenten, die davon abhalten sollen, das was wir fürs tägliche Überleben brauchen. Auf die Glattis dürfen wir uns nicht verlassen. Soweit wir übertreiben durch die Maßnahme der Schröder-Regierung erstet werden, dann ist das das Klacks im Verhältnis zu dem was uns die Kohl-Regierung weggenommen und den Unternehmern in die Taschen steckt hat. Die Konten der Arbeitnehmer sind randvoll, gib mir mehr Milliarden und ich honäre dem ja. Hier liegt die Lösung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Auch im öffentlichen Dienst zieht das Argument leeren Kassen nicht. SPD/Grüne sollen das Geld durch Steuern bei den Superreichen len.

Netzwerk



Demonstration gegen die Schließung des Clauberg-Gymnasiums und der Anne-Frank-Schule Ende November. Auch die Schülerinnen anderer Schulen beteiligten sich an den Protesten.

Seit September kämpfen die Schlehnen des Clauberg-Gymnasiums um den Erhalt ihrer Schule. Im November wurde eine unabhängige Schülergewerkschaft gegründet. Hülya Dilekli sprach für VORAN mit Helko Bogal, Frank Kutscha und Sven Kühn.

VORAN: Was ist der Grund für euren Protest?

Unsere Schule und die Anne-Frank-Schule sollen geschlossen werden. Der offizielle Grund ist, daß wir zu wenig Schüler haben. Dahinter steht aber, daß die Stadtverwaltung hier eine vierzehnte Gesamtschule errichten will. Das geht auf Kosten der Integrationsmodelle, die wir hier haben.

An der Anne-Frank-Schule werden Behinderte integriert. Am Clauberg-Gymnasium gibt es fast 50 Prozent Ausländer. Hier gibt es ein gewalttätiges Miteinander von Türken, Kurden, Deutschen und allen anderen. Gerd Bildau (SPD) ist Bildungs- und Ausländer-Dezernent und meint, eine Integration sei nicht möglich, wenn es mehr als 20 Prozent nichtdeutsche Schüler gibt. Er will auf jeder Schule eine Quote von 25 Prozent Ausländern einführen. Bei so einer Aussage sollte Bildau sein Mandat als Ausländerdezernent ablegen. Man muß nicht, um erfolgreich zu integrieren, ein Übergewicht von einer Gruppe gegenüber der anderen haben.

Es soll ja nicht eine Gruppe die andere schlucken. Und da wir jetzt so einen starken türkischen Anreiz haben heißt das ja, daß wir von der türkischen Kultur lernen sowie die Türken von uns.

Ist eine Gesamtschule nicht die bessere Schulform und ein Gymnasium eher eine Elite-Schule?

Generell lehnen wir natürlich das elitäre Bildungssystem, also „Gymnasien“ ab. Wir haben mit unserem sozialintegrativen Profil Ausländer integriert, wie es das Deutschlandweit kein zweites

Mal gibt, von daher unterscheiden wir uns schon von anderen Gymnasien.

Zuerst habt ihr demonstriert, wann und warum habt ihr jetzt angefangen zu streiken? Insgesamt angefangen hat die Bewegung vor 11 Wochen. Vor 3 Wochen sind wir dann in eine Woche Streik bzw. Schulboykott getreten, um ein-fach die Aktionsform immer weiter zu steigern.

Die Stadt hatte nicht mit einem großen Widerstand gerechnet, das war für uns natürlich von Vorteil. Bildungsdezernent Bildau meinte, er fände unsere Aktionen – wie die symbolische Beerdigung der Ausländer- und Behindertenintegration – geschmacklos. Daraufhin haben wir ihm gesagt, daß wir seine Politik geschmacklos finden, von daher ergänzen wir uns ganz gut.

Wie kam es, daß ihr jetzt eine Gewerkschaft gründen wollt. War das schon immer eine Forderung oder ist das jetzt durch die Streikbewegung zustande gekommen? Im Zuge der Proteste, haben wir immer mehr Solidariatsbekundungen von anderen Schulen bekommen. Wir haben auch mitbekommen, daß ein Interesse besteht, gegen die Bildungspolitik zu arbeiten, vor allem gegen die Bildungspolitik der SPD. Wir wollten nicht in den festgefahreneren Strukturen der Bezirks-Schülervertretung arbeiten. Wir wollen nicht nur Schülerrechte vertreten, sondern allgemeinpolitisch arbeiten. Daraufhin haben wir uns mit anderen als eine unabhängige Schülergewerkschaft gegründet, die jetzt schwerpunktmäßig an der Demokratisierung der Schülervertretungen arbeiten will.

Auch in Duisburg gibt es viele Siven, die a) ihre Rechte nicht kennen, und b) von ihrem Schulleiter massiv unterdrückt und in ihren Rechten beschneiden werden. Andererseits wollen wir natürlich auch eine Bewegung aufbauen, die gegen

die Bildungspolitik kämpft, die hier gemacht wird. Dagegen, daß eben immer weniger Geld in die Bildung fließt, daß Schulen so herunterkommen oder daß integrative Profile aufgrund von Kosten geschlossen werden.

Seit ihr bei dieser Bewegung einen Vergleich zu Frankreich, was da so abläuft?

Ja, natürlich wir haben das ganze auch mit der Perspektive gegründet, ganz salopp gesagt, hier französische Verhältnisse zu schaffen. Wie das jetzt allerdings konkret weiterlaufen wird, wissen wir natürlich noch nicht. Das ist unsere Perspektive, die Bildungspolitik läuft ja nicht nur in Deutschland, nicht nur in Duisburg so, sondern es sind die gleichen Verhältnisse wie in Frankreich, wie z. B. zu grosse Klassen, zu wenig Geld für Bildung.

Es gibt eine Partnerschaft mit Calais in Frankreich, zu denen haben wir schon Kontakt aufgenommen. Zudem sind wegen unserer Streikwoche aber auch noch zwei aus der französischen Bewegung extra angereist. Eine Studentin und eine Schülersprecherin von einer Schule, die sind über andere Kontakte gekommen.

Wie sieht die Solidarität bei den Eltern, den Lehrern und den Schülern aus?

Das ist genau die politische Orientierung, die die Gewerkschaft bekommen soll. Wir wollen sehen, was die verschiedenen Parteien für eine Bildungspolitik machen. Meiner Meinung nach gleich sich die Bildungspolitik von SPD und CDU, und die Grünen machen auch eine Verwandlung durch, die man schon nicht mehr ertragen kann. Wir werden sehen, es soll auf jedenfall eine parteiunabhängige und doch politische Gewerkschaft werden.

vor einem Jahr studis in bewegung

Bei den Eltern und den Schülern kann ich ganz klar sagen, daß 100 Prozent für die Bewegung sind und auch selbst für den Widerstand arbeiten. Dafür gibt es auch offizielle Beschlüsse von der Eltern- und der Schülervollversammlung wo jeweils 100 Prozent für die Bewegung und den Streik gestimmt haben. In der Lehrerschaft ist es leider so, daß sich viele gar nicht dafür interessieren. Wir haben aber auch eine Menge aktiver Lehrer die sehr gut mitarbeiten, auch inhaltlich.

Unterstützung haben wir auch vom DGB, der GEW, vom Thyssen-Betriebsrat Kroli, vom Duisburger Bündnis und vom Betriebsrat Thyssen Schienenmechnik GmbH erhalten.

Hat eure Schülergewerkschaft schon ein Programm?

Wir haben uns ja erst gegründet. Wir müssen jetzt natürlich ganz massiv an einem Programm arbeiten. Aber ich glaube, daß diese Bewegung sich jetzt ganz schnell vergrößern wird, weil wir jetzt schon immer mehr Zulauf von anderen Schulen aus Duisburg Mitte und Süd haben. Und wir haben eben die internationalen Kontakte nach Frankreich, was auch in der Aktionswoche sehr hilfreich war.

Eure Gewerkschaft wird unabhängig sein? Auch finanziell?

Das ist genau die politische Orientierung, die die Gewerkschaft bekommen soll. Wir wollen sehen, was die verschiedenen Parteien für eine Bildungspolitik machen. Meiner Meinung nach gleich sich die Bildungspolitik von SPD und CDU, und die Grünen machen auch eine Verwandlung durch, die man schon nicht mehr ertragen kann. Wir werden sehen, es soll auf jedenfall eine parteiunabhängige und doch politische Gewerkschaft werden.

Vor einem Jahr begann an der Universität Gießen ein Streik der Studierenden. Anlaß war die Verlosung von Vorlesungsplätzen für Erstsemester. Daraus entwickelten sich bald einer der größten Studierendenproteste der Nachkriegszeit.

Holger Frauenrath, Aachen

Auf dem Höhepunkt wurde an 116 Hochschulen gestreikt, 1 Million Studierende waren an Veranstaltungen und Aktionen beteiligt, auf den größten Demonstrationen in Düsseldorf und in Bonn waren jeweils 50.000 Studierende.

Die Proteste richteten sich gegen die sich verschlechternden Studienbedingungen. Die Kohl-Regierung hatte mit ihrem Vorschlag für ein neues Hochschulrahmengesetz (HRG) Benzin ins Feuer gegossen (siehe Kasten).

Die SPD macht mit

Im Frühjahr 1998 wurde die „Bund-Länder-Einigung“ für ein neues Hochschulrahmengesetz mit den Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet. Es hatte nur kleine Änderungen gegeben. Ein Verbot von Studiengebühren obwohl Grüne und SPD unter dem Druck der Bewegung der Forderung nach Verbot zugestimmt hatten. Immerhin will die neue rot-grüne Regierung in Bonn dies jetzt im Gesetz festschreiben.

Doch wie ernst ist das gemeint? NRW-Bildungsministerin Beiler (SPD) bewundert das amerikanische Hochschulsystem, bei dem Studierende erst einmal kräftig zahlen müssen und das Geld viel leicht zum Teil in Form von Stipendien zurückhalten. Andere sind der Meinung, der Staat solle nur noch eine „Sockelfinanzierung“ der Ausbildung garantieren.

SPD und Grüne zeigen in den von ihnen regierten Bundesländern, daß es auch in der Bildungspolitik so weitergeht wie bisher. Und auch der Re-

gerungswechsel wird daran wenig ändern. Eine Schwäche des Protests war die Beschränkung auf die Bildungspolitik, statt die Verbindung zu anderen Optimen der Bonner Kürzungspolitik zu suchen. Die Hochschulbewegung wurde den Herrschenden zudem ideologisch nicht wirklich gefährlich, da sie das System nicht in Frage stellte.

HRG

Hochschulrahmengesetz: „langsame“ Studierende sollen schneller aussortiert werden. Neue, verkürzte Bachelor/Master-Studiengänge sollen die Mehrheit der Studierenden mit einem Schmalstudiengang abspeisen, nach dem Wunsch der Unternehmer im dualen System, also halb im Betrieb. Die Konkurrenz um die knappen Geldmittel zwischen den Hochschulen soll verstärkt werden. Mit „Globalhaushalten“ soll Druck auf die Fachbereiche ausgeübt werden, mehr Drittmittel aus der Industrie anzuschaffen. Ein „effizientes Management“, dem niemand reinreden kann, soll in Zukunft die Hochschulen leiten.



Lebensimmgig Kirchenasyl

Fatma (19) und Ahmed (20) leben beide seit zehn Monaten im Kirchenasyl in Köln. Fatma hat 1992 einen Asylantrag gestellt, der 1998 abgelehnt wurde. Ahmeds Asylantrag, 1993 gestellt, wurde nicht anerkannt. Das Kirchenasyl hat am 21. Januar 1998 in Köln in der Antonierkirche mit 20 Personen begonnen. Es hat sich seitdem auf mehrere hundert Personen ausgeweitet und ist bundesweit bekannt geworden. Das Interview führten Hülya Dilekli und Jakob Meindorf.

VORAN: Warum bist du aus der Türkei geflüchtet?

Ahmed: Das Militär hat uns aus unserem Dorf getrieben. In der Türkei existiert ein Krieg. Ich mußte fliehen, da ich in den Wehrdienst eingezogen worden wäre und bestimmt für den Krieg eingesetzt worden wäre. Dann hätte ich meine eigenen Leute erschließen müssen.

Es wird von deutschen Politikern behauptet, daß in Istanbul Demokratie existiert?

Fatma: Nein auch in Istanbul werden die Menschen unterdrückt, zum Beispiel die Samstagsmutter, die sich einmal die Woche in Galatasaray zu Sitzdemonstrationen versammeln, werden gewaltsam vertrieben und einige auch verhaftet.

Welche Aktionen habt ihr bisher gemacht?

F.: Im April sind wir mit dem Schiff von Köln nach Düsseldorf gefahren und haben dort demonstriert. Im Juni gab es in Düsseldorf einen offenen Vortrag über die Menschenrechte in der Türkei. Bei dem Vortrag kam nichts vernünftiges raus.

Jobkiller Telekom

1992 gab es bei der Deutschen Telekom AG (DTAG) noch 231.500 Beschäftigte. Nun sollen es schon 1999 bundesweit nur noch 170.000 Beschäftigte sein (Gerüchte kursieren über die Zahl von 145.000). Das heißt, daß allein in Berlin 1400 Arbeitsplätze bei der Telekom im nächsten Jahr wegfallen.

Von den 1800 Ausstiefernamen dieses Jahr will die Telekom nur 800 übernehmen. Die Berliner dürfen sich dafür bedanken, daß sie mit den anderen Azubis in der BRD in den Wettbewerb treten dürfen. In Berlin wird nämlich nie-

teilnehmen wurden uns empfohlen. Aber darum müssen wir uns selbst kümmern. Telekom – die machen das!

Darum müssen wir uns selbst kümmern, sagte ich auch auf dieser JAV und fand die Zustimmung der Azubis. Dabei sprach ich von Besetzungen der Ausbildungsstellen und den Besetzungen der Chefbüros, wie es sie 1994 und 1996 gegeben hat. Es kommt jetzt darauf an, aktiv zu werden und mit der DPG-Jugend Gegenwehr zu organisieren.

Alexandra Arnsburg, JAV-Mitglied Telekom



Sozialismus

international

Bericht vom 7. Weltkongreß des CWI

Die herausziehende Weltwirtschaftskrise und ihre sozialen und politischen Folgen im Standen eine Woche lang im Mittelpunkt der Beratungen der CWI-Delegierten aus Europa, Asien, Afrika und Nord- und Südamerika. 40 Prozent der Weltwirtschaft befindet sich bereits in der Rezession, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann auch die USA und Europa mit hineingezogen werden. Denn dies ist keine „Asienkrise“, sondern eine Krise des globalen Kapitalismus, die nur zuerst in Asien ausgebrochen ist.

Es ist eine klassische kapitalistische Krise, wie sie schon von Marx grundlegend analysiert wurde: Überkapazitäten und Überproduktion von Waren, die keine Abnehmer mehr finden, und Überproduktion von Kapital, auf der Suche nach genügend profitablen Anlagemöglichkeiten, das heutzutage auf den Weltfinanzmärkten vagebündert. Die dramatischen sozialen Folgen dieser Krise werden alles in den Schatten stellen, was man bisher in den Rezessionen der Nachkriegszeit erlebt hat und eher an die 30er Jahre erinnern, wie man schon heute in Südostasien sehen kann. Kontrovers diskutiert wurden die Frage, wie weit die Globalisierung des Kapitalismus gegangen ist, inwieweit

sich diese Tendenz in der Krise umkehrt und welche Rolle die nationalstaatliche Politik in diesem Rahmen spielt, sowie die Frage der Perspektiven für die Europäische Währungsunion und den Euro. Einig war man sich, daß eine deutliche Abkehr von markt-radikaler, neoliberaler Politik zu verzweigen ist, und daß im Rahmen der Krise wieder verstärkt ein Eingreifen des Staates, Konjunkturprogramme und Handelskriege, besonders zwischen den drei großen Blöcken, auf der Tagesordnung stehen, die jedoch letztlich die Krise auch nicht lösen werden. Einig war man sich auch, daß das Projekt Euro im Zuge der Krise wahrscheinlich noch vor 2002 scheitert, was zur erheblichen Verschärfung der Krisenprozesse in Europa beitragen wird.

Die nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Aussicht gestellte „neue Weltordnung“ hat sich als neue Weltunordnung erwiesen. Zu den „alten“ Krisenherden wie Nahost oder Nordirland, die einer Lösung kaum nähergebracht wurden, sind neue Krisenherde hinzugekommen, wie Ex-Jugoslawien, Zentralafrika, Irak, Rußland und Osteuropa, denen eine glänzende Zukunft unter kapitalistischem Vorzeichen vorhergesagt wurde, sind im Gegenteil auf den Stand von neokolonialen Ländern zurück-

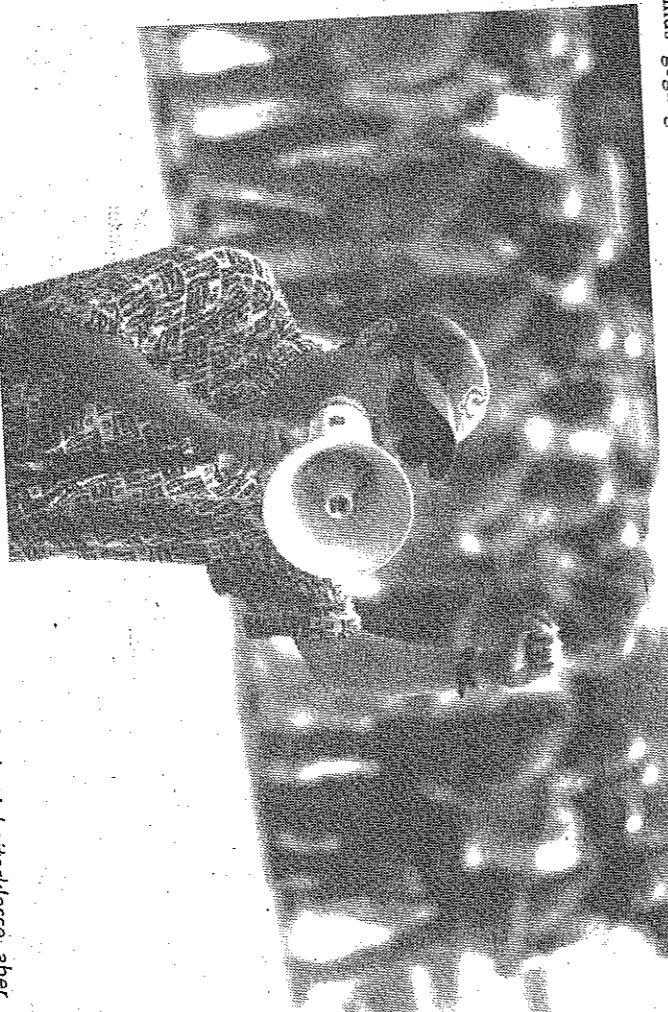
kapuliert worden. Die sich verschärfende ökonomische und soziale Krise des globalen Kapitalismus wird weitere politische Unruhen und eine Intensivierung der Klassenkämpfe zur Folge haben. Erhitzte Arbeiterklasse, kämpfe der Arbeiterklasse, aber auch politische Unruhen bis hin zu revolutionären Situationen können sich entwickeln, wie die revolutionäre Bewegung in Indonesien zeigt, die bereits zum Sturz des Diktators Suharto geführt hat. Dies wird Auswirkungen auf eine erneute Entwicklung von Klassenbewußtsein, von antikapitalistischem und sozialistischem Ideen haben. Eine wachsende Schicht von Arbeitern und Jugendlichen wird das kapitalistische System zunehmend infrage stellen und nach Alternativen suchen. Diese werden jedoch von den ehemaligen Arbeiterparteien wie der Sozialdemokratie nicht mal mehr im Ansatz angeboten, die sich besonders im letzten Jahrzehnt voll den kapitalistischen Sachzwängen untergeordnet haben. Deswegen steht in vielen Ländern der Neuaufbau von Massenparteien der Arbeitertklasse auf der Tagesordnung. Daran mitzuwirken haben sich die Mitgliedsorganisationen des CWI zur Aufgabe gestellt, wobei wir gleichzeitig die revolutionären Kräfte aufbauen und ein klares

sozialistisches Programm einbringen müssen. In diesem Zusammenhang nahm der Kongreß auch eine kritische Würdigung unserer Versuche in den letzten Jahren vor, uns mit anderen revolutionären Gruppierungen zusammenzuschließen. Er kam zu dem Schluß, daß zwar vielfach eine engere Zusammenarbeit und Bündnisse möglich waren und sind; Fusionen waren jedoch – zumindest vorläufig – nur in wenigen begrenzten Fällen erfolgreich. Der Kongreß diente auch dem Erfahrungsaustausch über die praktische Arbeit der Mitgliedsorganisationen in den einzelnen Ländern, die in den verschiedensten Kämpfen und Bewegungen eingebunden sind und Ideen, Programm und Kampfstrategie einbringen: Ob in der Anti-Atomtestbewegung in Indien, im Kampf gegen die Militärdiktatur in Nigeria, bei Protesten gegen die Bildungsabbau in Frankreich oder Britannien, in die Bewegung zum Aufbau einer Arbeiterpartei in den USA, oder beim sechsmonatigen Arbeitskampf der Gebäudereiniger um bessere Arbeitsbedingungen und Löhne in Schweden. Abschließend wählte der Kongreß einen neuen internationalen Vorstand, der um eine Reihe jüngerer Genossinnen

Das CWI als Teil der internationalen Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Europa, Amsterdam 1997.



und Genossen auf knapp 50 erweitert wurde. Als Vorhaben für das nächste Jahr wurde unter anderem die Mobilisierung zum Anti-EU-Gipfel im Juni 1999 in Köln beschlossen sowie die Ausarbeitung eines „Sozialistischen Manifest 2000“, das die marxistischen Anschauungen in aktualisierter Form für die heutige Epoche zusammenfassen soll. Die Kongreß-Dokumente und Beschlüsse werden in Buchform veröffentlicht und können in deutscher Fassung voraussichtlich ab Februar/März 99 bei der SAV bestellt werden.



Die einsetzende Weltwirtschaftskrise wird erhitzte Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse, aber auch politische Unruhen bis hin zu revolutionären Situationen wie in Indonesien zur Folge haben.

Aus der Arbeit der CWI-Mitgliedsorganisationen + Aus der

Nigeria

Segun Sango, Generalsekretär der „Demokratisch-sozialistischen Bewegung“ (DSM - nigerianische Sektion des CWI) und Vorsitzender der oppositionellen „Nationalen Gewissenspartei“ (NCP) in der Hauptstadt Lagos:

Unsere Hauptaktivität ist natürlich der Kampf gegen die Militärdiktatur in Nigeria. Nachdem vor einigen Monaten sowohl General Abacha wie auch der inhabitierte Opposition-

gime zum wiederholten Male einen Übergangsplan zu demokratischen Wahlen versprochen, natürlich nach seinen Regeln: die Militärs bestimmen über die Zulassung der Parteien, es gibt keine Organisationsfreiheit und auch keine sonstigen demokratischen Freiheiten.

Wir organisieren eine Kampagne zum Boykott dieser Wahlen. Nicht aus prinzipiellen Erwägungen. Ganz im Gegenteil, wir würden gerne zu wirklich demokratischen Wahlen kandidieren. Aber dies ist eine Farce. Solche „Wahlen“

Sturz der Diktatur ein und für die sofortige Einberufung einer souveränen Nationalen Konferenz. Diese Forderung ist sehr populär in Nigeria. Andere Organisations der Demokratiebewegung wollen diese Nationale Konferenz aus Vertretern der verschiedenen Nationalitäten und Ethnien im Land zusammensetzen. Nach unseren Vorstellungen sollte sie jedoch aus demokratisch gewählten Vertretern der verschiedenen sozialen Klassen bestehen: Arbeiter, Bauern, Studenten, usw. - entsprechend ihrem Gewicht in der Gesellschaft. Wir

auf Ethnien. Wir kämpfen dafür, daß die Ölkonzerne, Ländereliten und wichtigsten Bereiche der Wirtschaft verstaatlicht und unter demokratischer Kontrolle der Bevölkerung verwaltet werden. Nur wenn sich eine Regierung aus Arbeitern und Bauern formiert, können solche sozialistischen Maßnahmen eingeführt werden. Dazu ist es nötig, eine revolutionäre sozialistische Massenpartei der arbeitenden Bevölkerung aufzubauen. Dazu will die DSM einen Beitrag leisten.“

Indonesia
An Unfinished Revolution
Broschüre über die Ereignisse in Indonesien 1998
In englischer Sprache,
66 Seiten, 4,50 DM
DM + 1,50 Porto

A History of the CWI
Broschüre über die Geschichte des CWI
In englischer Sprache,
32 Seiten, 4,50 DM +
1,50 Porto

Chile

Celso Calhuan, Vorsitzender der Gruppe „Arbeiterdemokratie“ (Democracia Obrera - chilenische CWI-Sektion) und Sekretär der Organisation der Mapuche-Urwinwohner „Mell Wixan Mapu“:

Die Verhaftung Pinochets in London hat auch eine Bewegung in Chile ausgelöst. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben zum Beispiel seine Verhaftung öffentlich gefeiert. Jugendliche lieferten sich Straßenschlächten mit der Polizei. Daß es acht Jahre lang keine

größere Bewegung gegeben hat, liegt an Illusionen in dem Demokratieprozess und was den Leuten bringen wird. Wir hatten seit 1985 einen unterbrochenen Wirtschaftsaufschwung mit durchschnittlichen Wachstumsraten von Prozent im Jahr. Allerdings blieben die Reallohne dem Niveau von 1972, ob die Produktivität seitdem 60% gestiegen ist. Jetzt aber auch hier die Wirtschaftskrise eingesetzt, im September hatten wir 11 Prozent Arbeitslose. Haushaltskürzungen sind besonders bei Bildung und

JAPAN: ENDE DER Illusionen

Einst galt Japan in Deutschland als das Musterland der Weltwirtschaft. Gengusame Arbeiter und „innovative Unternehmensstrukturen“ (schlanke Produktion) seien die Garantien für wirtschaftlichen Erfolg. Jetzt steckt das Land in der Krise. VORAN sprach mit dem Bauarbeiter Jiro Otsuki über die politische Situation in Japan und die Folgen der Rezession für die Beschäftigten.

VORAN: Wie spürst du persönlich die Wirtschaftskrise?

Otsuki: Bisher bekamen wir zweimal im Jahr, im Sommer und im Winter, eine Bonuszahlung. In diesem Jahr wurden sie gestrichen. Das bedeutet für meine Kollegen und mich 20 Prozent weniger Einkommen im Jahr. Die Firma für die ich arbeite steht kurz vor dem Konkurs. Vielleicht ist sie ja schon bankrott wenn ich morgen nach Hause komme.

Was passiert, wenn Du Dein Job verlierst? Du wirst arbeitslos?

Zehn Monate gibt es Arbeitslosengeld, 80 Prozent vom Lohn. Danach gibt es nichts. Wer dann noch nichts gefunden hat muß sich als Tagelöhner durchschlagen. In Osaka gibt es einen ganzen Stadtteil in dem 30.000 Tagelöhner leben. Viele von denen sind Bauarbeiter aber haben selber kein Haus. Sie leben auch nicht in einer Wohnung, die Quartiere der Tagelöhner sind eher Schlafkästen mit einem Bett in einem winzigen Zimmer. Die Bauindustrie ist in der Rezession, deshalb gibt es nicht jeden Tag Arbeit für Bauarbeiter, die Wart ist groß. Wer gar kein Geld hat schläft im Keller vom Job Center oder irgendwo. Jeden Winter erfrieren im Durchschnitt zehn Tagelöhner.

In Deutschland heißt es, in Japan würden die Arbeiter in eine Firma eintreten und dann bis zur Rente darin bleiben?

Fast alle großen Konzerne haben tausende von Entlassungen angekündigt, zum Beispiel Toshiba, Hitachi, Mitsubishi, Japan Airlines, große Banken. An jeder der Firmen hängen Subunternehmen, von denen wiederum Subunternehmen abhängen. Ein Arbeitsplatzverlust bei dem Konzern zieht mehrere bei den Subunternehmen nach sich. Die Arbeitslosigkeit und die Konkurse liegen auf Rekordniveau. Die Arbeitslosenrate bei Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren liegt bei 13 Prozent. 700.000 Arbeitsplätze in der Baubranche sind verlorengegangen. 130.000 Angestellte werden bis kommenden Monat von den großen Konzernen gefeuert. Den Beschäftigten wird klar, daß ein lebenslanger Arbeitsplatz eine Illusion ist.

Was tut die Regierung?

Die Löhne der Arbeiter sinken. Sie können nicht mehr so viel ausgeben. Die Regierung verteilt Warengutscheine um den Konsum anzustacheln, aber wir haben Angst vor der Zukunft. Die LDP-Regierung hat beschlossen nochmal 17 Billionen Yen in öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu stecken. Diese Maßnahmen werden nur die Staatsschulden hochtreiben. Diese Schulden sind eine Last für die Arbeiter. Die Regierung hat begonnen die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu kürzen.



Jiro Otsuki, zweiter Vorsitzender der Bauarbeiterabteilung der Hafenarbeitergewerkschaft und Mitglied des CWJ (Komitee für eine Arbeiterinternationale) in Japan

Und die Opposition?

Ärger und Unzufriedenheit der Arbeiter haben sich aufgebaut. Aber derzeit finden sie keine Möglichkeit, ihren Ärger Ausdruck zu verleihen, außer indem sie die KP wählen.

Welche Alternative gibt es?

Aber das reicht nicht. Ich möchte ein Beispiel geben, der neue Flughafen in Kobe. Kobe ist die siebgrößte Stadt in Japan und die Stadtregierung will einen neuen Flughafen bauen. Die Bevölkerung in Kobe ist gegen den Bau des Flughafens, weil das eine Verschwendung von Steuergebern und Umweltzerstörung bedeutet. Im Sommer organisierten die Einwohner eine Bewegung gegen den Flughafen und sammelten Unterschriften für ihre Forderung. Sie sammelten über 300.000 Unterschriften. Die Einwohnerzahl von Kobe beträgt eine Million. Die Leute übergaben die Unterschriften dem Stadtrat, aber der weigerte sich ihrer Forderung nachzugehen. Derzeit steht die Bevölkerung keine Möglichkeit zu gewinnen. Die Kräfte des CWJ in Japan sind derzeit noch schwach. Wir denken, daß es notwendig ist, eine Allianz aus linken Parteien, kämpferischen Gewerkschaften und Bürgerbewegungen ins Leben zu rufen. Solch eine Allianz könnte versuchen eine Bewegung gegen alle Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter und der Armen zu schaffen. Sie könnte einen starken Anziehungspunkt für alle bilden, die nach einer Alternative suchen und die Basis für eine neue kämpferische Partei für die japanische Arbeiterklasse sein und für die Verbreitung der Idee des Marxismus und eines sozialistischen Programmes.

Wir trauern um den 23jährigen Gewerkschafter und Jungkommunisten

Sergei Kolokolow

aus Kasachstan. Im letzten Jahr wurde Sergei zusammen mit Aynur Kurmanow verhaftet und mußte Monate unter schrecklichen Bedingungen in kasachischen Gefängnissen verbringen. Eine internationale Kampagne für ihre Freilassung wies damals darauf hin, daß die beiden jungen Aktivisten aufgrund ihrer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit aus dem Verkehr gezogen wurden. Vor allem erfolgreich organisierte Streiks und der Aufbau einer kämpferischen kommunistischen Jugendorganisation: war dem diktatorischen Regime ein Dorn im Auge. Die Gefängnisse in Kasachstan gehören zu den unmenschlichsten weltweit. Es gibt keine ausreichende medizinische Versorgung, schlechte Nahrung, die Zellen sind nicht geheizt, in den Gefängnissen grassiert Tuberkulose und politische Gefangene werden gezielt mit Tuberkulose-Kranken in eine Zelle gesteckt. Sergei Kolokolow und Aynur Kurmanow liebten sich vom Regime nicht einschüchtern, sie verteidigten ihre Überzeugung und ihre Aktivitäten während des ganzen Prozesses und plädierten auf Freispruch. Sergei wurde schon während des Prozesses schwer krank und ist an den Folgen der schrecklichen Haftbedingungen gestorben. Sein Tod ist uns Verpflichtung weiterhin internationale Solidarität zu praktizieren und den Kampf für eine gerechte und sozialistische Welt umso entschlossener zu führen.

Wir bitten alle Lesenden Protestbriefe an die Botschaft Kasachstans zu schicken: Botschaft Kasachstans, Oberer Lindweg 2-4, 53129 Bonn, Fax: 0228/9238031; Kopien der Briefe bitte an die Redaktion VORAN

Linke Opposition

Aus den Kommunalwahlen in San Francisco (USA, Bundesstaat Kalifornien) am 3. November ist die „Fortgeschrittliche Linke Liste“ (Progressive Left Slate - PLS) als stärkste linke Opposition hervorgegangen.

Zur Wahl standen verschiedene führende städtische Verwaltungsfunktionen (ähnlich den Dezentralen bei uns), die in den USA vom Wähler vergeben werden. Die Linke Liste ist ein Bündnis aus der Bewegung für, Einwandererrechte, Labor Militant (der Schwesterorganisation der SAV) und verschiedenen weiteren Organisationen, ebenso wie Mitgliedern der Grünen und der Labor Party (Arbeiterpartei) sowie Aktivisten aus der Einwanderer-, Studenten-, Mieter- und Stadtbewegung.

Die PLS kämpfte unter anderem für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, mehr Umweltschutzmaßnahmen und ein neues Bildungssystem, das die vielen verschiedenen Sprachen in San Francisco berücksichtigt (mehr als 50 Prozent aller Einwohner Kaliforniens sprechen nicht Englisch als Muttersprache). Außerdem forderte die PLS in ihrer Kampagne Wohnungen und Arbeit für alle, Ausweitung demokratischer Rechte.

Die fünf Kandidaten der PLS trangen in der von Präsident Clintons Demokraten regierten Stadt zwischen 11 Prozent und 26 Prozent der Stimmen und konnten damit die Stimmenzahl im Vergleich zu den Wahlen von 97 und 96 verdoppeln. Carlos Peroni erreichte 18.000

progressive (d. h. mit der Höhe der Profite steigende) Unternehmenssteuern sowie gleiche Rechte aller dort lebenden Menschen ein (5 Prozent der amerikanischen Bevölkerung besitzen keine legale Aufenthaltserlaubnis und sind somit jeglicher Rechte beraubt).

In zwei von der PLS unterstützten Volksabstimmungen konnten der Neubau einer 1989 bei einem Erdbeben zerstörten Autobahn verhindert und Mieterrechte gestärkt werden.

Der Wahlkampf der PLS wurde von über 100 Unterstützern geführt, die während der zweimonatigen Kampagne über 30.000 Haushalte besuchten, an über 60 Gewerkschafts- und Stadtteilveranstaltungen teilnahmen und über 160.000 Informationsblätter, davon 20.000 Exemplare der Wahlplattform, unter die Leute brachten. Während der Kampagne unterstützten PLS-Kandidaten verschiedene Protestdemonstrationen und nahmen an Streiks der Universitätsbeschäftigten teil.

Die fünf Kandidaten der PLS trangen in der von Präsident Clintons Demokraten regierten Stadt zwischen 11 Prozent und 26 Prozent der Stimmen und konnten damit die Stimmenzahl im Vergleich zu den Wahlen von 97 und 96 verdoppeln. Carlos Peroni erreichte 18.000



Carlos Peroni, Kandidat der linken Bündnisses PLS bei den Wahlen in San Francisco

Stimmen (11 Prozent) und Chris Finn 33.000 Stimmen (24 Prozent). Beide sind Mitglieder von Labor Militant. Bemerkenswert sind die Wahlergebnisse in den Arbeiterstadtteilen San Franciscos, wo die Kandidaten der PLS zwischen 28 und 40 Prozent der Stimmen gewannen.

Nachdem 50 Prozent der amerikanischen Bevölkerung mangels Alternative schon lange nicht mehr zu den Wahlen geht, drückten große Teile der anderen Hälfte ihre Wut gegenüber den arbeitfeindlichen Polit-Cliquen von Demokraten und Republikanern und ihren Wunsch nach Veränderung durch die Unterstützung linker Ideen bei dieser Wahl in San Francisco aus.

Jörn Kroppach, Hamburg

Interview mit Joe Higgins aus Irland Ein Arbeiter im Parlament



Joe Higgins bei einer Demonstration gegen die Wassergebühren. Die Aktivitäten gegen den Sozialabbau waren die Grundlage für den Wahlerfolg der Socialist Party

„Abgeordneter Joe ver-schenkt 20.000 Pfund seiner Diäten“ titelte die irische Tageszeitung „The Star“ über Joe Higgins, den Parlamentar-abgeordneten der irischen Schwesterpartei der SAV, der Sozialistischen Partei.

Higgins macht nicht nur dadurch auf sich aufmerksam, daß er weiterhin von einem durchschnittlichen Arbeiterlohn lebt. Er nutzt seine Position im irischen Parlament, dem Dail, um Arbeitern und Arbeitslose zu unterstützen. Kürzlich betrat er in Handschellen den Parlamentsaal, um auf die Verhaftung von protestierenden Bauarbeitern hinzuweisen.

VORAN: Welche Bilanz ziehst Du nach fast anderthalb Jahren Oppositionsarbeit? Higgins: Daß wir den Sitz gewonnen haben war nicht nur ein großer Schritt nach vorne für die Socialist Party, sondern für die ganze sozialistische Bewegung in Irland. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund des Rechtsbruchs der Labour Party, die bereits eine Regierungskoalition mit den Konservativen gebildet hatte. Wir versuchen, den Dail als Plattform zu nutzen. Wir stellen uns gegen die Regierungs-politik, gegen den kapitalistischen Markt und seine Auswirkungen, Privatisierung etc. Wir verstehen uns als Anwälte einer demokratischen sozialistischen Alternative. Außerdem stellen wir Öffentlichkeit und Unterstützung her für Kollegen und Kollegen, die kämpfen.

Was ist der wichtigste Kampf in der Republik Irland?

Es gibt viele wichtige. In den Arbeitervierteln Dublins etwa der Kampf gegen die Drogenkrise, die in vielen Kommunen großen Schaden angerichtet hat. In den Vierteln wurde gegen Pusher mobilisiert, also

gegen die Leute, die Heroin in die Stadtviertel bringen. Dabei haben wir geholfen, genauso wie Behandlungsmöglichkeiten für junge Abhängige zu finden. Ein anderer wichtiger Kampf waren die Aktionen von Bauarbeitern gegen den Mißbrauch von Nebenvertragsarbeit, welcher viele ihrer Rechte und Errungenschaften in Frage stellt. Sie werden zu Schwarzarbeit gezwungen, bekommen keine Rente, Schlechtmeter- oder Krankengeld. In diesem Jahr sind bereits 18 Bauarbeiter auf ungesicherten Baustellen angekommen. Den Kampf gegen diese Verhältnisse hat die Socialist Party mit aller Kraft unterstützt. Ich habe im Parlament einige Male dazu geredet und versucht Solidarität für zwei Bauarbeiter zu mobilisieren, die während dieser Proteste inhaftiert wurden.

Was unterscheidet Dich von anderen Abgeordneten? Die Socialist Party unterscheidet sich von sozialdemokratischen oder ähnlichen Parteien, die behaupten oder behaupten haben sozialistisch zu sein. Diese Parteien sind voll von Karrieristen, die aus Karrieregründen Abgeordnete werden wollen. Sie wollen „weiter kommen“, Spitzengelder beziehen usw. Wir hin-

gegen sind eine Klassenkampfpartei und wollen die Gesellschaft verändern. Wir werden unser Programm nicht verändern oder unsere Ideen verläßern. Jeder Abgeordnete der Socialist Party erhält einen durchschnittlichen Arbeiterlohn. Ich spende den Rest an die Partei und kommunale Einrichtungen. Darüber wird öffentlich Buch geführt. Deshalb haben wir in Irland auch eine große Glaubwürdigkeit.

Wie gehen Sie denn mit Ihren Kollegen Abgeordneten um?

Nun, ich betreibe das Parlament und tue die Arbeit, die ich tun muß. Wir haben ein Büro im Parlament, wo ich zusammen mit Kollegen habe. Die machen für mich Recherche und gemeinsam kümmern wir uns um den Wahlkreis. Also: Ich gehe Teil und kämpfe um meine Redezeit, erkläre unsere Ideen so gut ich kann, kritisiere die Regierung für ihre reaktionäre Politik und zeige Alternativen auf und dann tue ich meine außerparlamentarische Arbeit. Ich fühle mich im Dail wie ein Gewerkschaftsvertreter, der sich zu Verhandlungen mit den Unternehmen trifft.

Lösung für Kurdistan?



Als die Nachricht verkündet wurde, daß der PKK-Vorsitzende Abdullah "Apo" Öcalan in Italien festgenommen wurde, war dies eine willkommene Gelegenheit für den damaligen Ministerpräsidenten Mesut Yılmaz, die Öffentlichkeit in die Geschäfte der Mafia abzulenken.

Hülya Dilekli, Duisburg / Claus Ludwig, Köln

Die Auslieferung Öcalans wäre ein großer Triumph für die Regierung gewesen. Öcalan hätte keine Chance auf einen fairen Prozeß, Italien verweigert zurecht die Auslieferung an die Türkei. Die türkische Regierung beschränkte sich nicht darauf, die Auslieferung zu beantragen, sondern organisierte eine Kampagne gegen italienische Produkte und beschuldigte Italien, "Terroristen" zu unterstützen.

Schlummer noch, von Regierung und Parteien wurde eine antikurdische Pogrom-

und randalieren in den Straßen.

Mit der Forderung nach Auslieferung Öcalans will der türkische Staat seine Lebenslüge stützen, das Land habe kein Kurdistan, sondern ein Terrorproblem. Doch die PKK (Arbeitspartei Kurdistan) ist eine Massenpartei. Und sie wird es weiter sein, weil die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung weitergeht.

4000 Dörfer wurden zerstört, Hunderttausende Menschen wurden zu Flüchtlingen, zwischen 30.000 und 40.000 Menschen wurden getötet.

PKK in der Krise?

1984 wurde die PKK gegründet. Ihr Ziel war damals die Gründung eines unabhängigen sozialistischen Kurdistan. Ihre Methode war der Guerillakampf gegen die türkischen Besatzungstruppen. Öcalan bot der Türkei mehrfach einen Waffenstillstand an, um über eine kurdische Autonomie im Rahmen der Türkei zu

Die Behauptung der türkischen Regierung, die PKK wäre am Ende, ist falsch. Die Unterdrückung in der kurdischen Bevölkerung für die Befreiungsbewegung existiert weiter, immer wieder werden neue Kampfzonen zur Guerilla gegeben. Doch militärisch ist die PKK in einer schwierigen Situation. Sie kann der halben Million gntausendertürkischer Soldaten nicht standhalten, ihre Rückzugsgebiete werden systematisch angegriffen. Öcalan hat daraus den Schluß gezogen, den Guerilla-Krieg nicht gewinnen zu können. Seine Alternative ist die Verhandlungslösung. Er hofft, bei der EU Unterstützung für einen Kompromiß zu finden.

Seit Jahren fordern auch Vertreter des türkischen Großkapitals eine Verhandlungslösung, weil der Krieg die Türkei ruiniert und ihre Profitaussichten dadurch geschnallert werden. Doch die entscheidenden Kräfte in der Wirtschaft, dem Staat und dem Militär wollen zum jetzigen Zeitpunkt keine Kompromisse eingehen. Sie verlangen die Kapitulation der Guerilla, was für die KämpferInnen der PKK Haft, Folter und für viele den Tod bedeuten würde.

Die EU will einerseits die Region stabilisieren, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen und Ruhe an der strategischen Südstflanke Europas zu erreichen. Das zeigen Schröders und D'Alemas Pläne für eine Friedensinitiative. Auf der anderen Seite fürchten die europäischen Regierungen, Auto-



4000 zerstörte Dörfer, mindestens 30.000 Tote und hunderttausende Flüchtlinge: das ist die Bilanz des Krieges in Kurdistan. Diese Opfer gehen nicht auf das Konto der PKK, sondern sind größtenteils von der türkischen Armee verursacht.

stimmung geschieht. Ausschreitungen gegen kurdische Geschäfte und Parteien wurden von den faschistischen „Grauwölfen“ der MHP (Partei der nationalen Bewegung) angeführt, die auch eng mit dem organisierten Verbrechen zusammenhängen. Das Verhältnis zwischen Türkinen und KurdInnen in der Westtürkei und in Europa ist bedroht. Im belgischen Brüssel brannten nationalistische Demonstranten das Kurdistan-Zentrum nieder

gehen. Sie verlangen die Kapitulation der Guerilla, was für die KämpferInnen der PKK Haft, Folter und für viele den Tod bedeuten würde.

Die EU will einerseits die Region stabilisieren, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen und Ruhe an der strategischen Südstflanke Europas zu erreichen. Das zeigen Schröders und D'Alemas Pläne für eine Friedensinitiative. Auf der anderen Seite fürchten die europäischen Regierungen, Auto-

nomie-Verhandlungen für ein 30-Millionen-Volk würden die Türkei schwächen und den Nahen Osten noch weniger beherrschbar machen. Es ist daher möglich, daß die EU-Länder die Türkei gewähren lassen und das Andauern des Krieges als das kleinere Übel akzeptieren.

"Kurdischer Ararat"

Der Frieden wird von den Menschen in Kurdistan herbeigesehnt. Ein Waffenstillstand wäre eine Erleichterung für die vom Krieg gequälten KurdInnen.

Doch auch wenn Öcalans diplomatische Initiative Erfolg hat und es zu Friedensverhandlungen kommt, ist dies noch keine Lösung für die kurdische Bevölkerung. Selbst ein Abkommen wie in Palästina – zu dem es möglicherweise nie kommen wird – wäre keine wirkliche Lösung. Dort gibt es nach wie vor keine Selbstbestimmung für die Palastinenser. Ihre wirtschaftliche Situation hat sich verschlechtert. Profitiert hat nur eine kleine Schicht um Ararat herum, die die wenigen lukrativen Posten besetzt hat.

Eine von der EU vermittelte Teilautonomie für die KurdInnen würde die Ausbeutung der Bodenschätze nach wie vor in den Händen der türkischen Unternehmen belassen. Eine Entwicklung Kurdistan würde nicht zustandekommen. Der Boden würde in den Hän-

den weniger Großgrundbesitzer bleiben. Weiter würden Menschen das karge Land verlassen und Arbeit in der Westtürkei suchen. Die Türkei würde versuchen, Teile der PKK-Führer mit Posten im Verwaltungs- und Polizeiapparat auf ihre Seite zu ziehen.

Das ursprüngliche Ziel der PKK, ein unabhängiges soziales Kurdistan zu erreichen, bleibt richtig. Das würde die Enttignung des Großgrundbesitzes und der Fabriken und die Aufteilung des Bodens bedeuten. Auf allen Ebenen würde die demokratische Selbstbestimmung eingeführt werden. Ein sozialistisches Kurdistan könnte nicht isoliert bestehen. Es würde an die Arbeiter und Bauern der Nachbarvölker appellieren, mit Großgrundbesitz- und Kapitalismus Schluß zu machen und einen sozialistischen Staat zu errichten.

Richtig ist allerdings auch, daß ein Sieg der Guerilla unter den jetzigen Bedingungen ausgeschlossen ist. Eine revolutionäre, sozialistische Partei in Kurdistan würde sich nicht nur auf den Guerilla-Kampf konzentrieren, sondern auf die Massenmobilisierung der städtischen Bevölkerung setzen. Dort liegt auch der Ansatzpunkt für den gemeinsamen Kampf mit der türkischen Arbeiterklasse.

Wer sind die Schuldigen?

Öcalan wird beschuldigt, für den Tod von 30.000 Menschen verantwortlich zu sein. Jetzt diskutieren Europas Regierungen, wo und wie er vor Gericht gestellt werden soll. Doch in Kurdistan herrscht Krieg. Es waren nicht die Flugzeuge der PKK, die die Dörfer bombardiert haben. Es war die türkische Luftwaffe, ausgerüstet und ausgebildet von den NATO-Partnern, die die Zerstörung nach Kurdistan getragen hat. Es sind keine PKK-Panzer, die Dörfer und Städte überfallen, sondern von der Bundesrepublik gelieferte Panzer der türkischen Armee.

Soldaten und Polizisten foltern und ermorden gefangene Guerillas und ihre angeblichen Sympathisanten ohne Gerichtsverfahren. Die deutsche PKK-Guerilla Andrea Wolf wurde wahrscheinlich nach ihrer Gefangenennahme von Soldaten hingerichtet. Nach offiziellen Angaben des türkischen Generalstabs sind ca. 3500 Soldaten gefallen. Die meisten anderen Toten seien PKK-KämpferInnen, deren Tötung die Armee auf ihr Konto bucht.

Nicht Abdullah Öcalan gehört vor Gericht, sondern die türkischen Generäle, die Politiker, die Polizeichefs, die Dörfer bombardieren lassen, Hinrichtungen befahlen und in Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten und den Mafia-Klavern Oppositionelle "verschwinden" lassen. Auch vor Gericht gehören die Waffenhersteller und Lieferanten sowie die deutschen Politiker, die diesen Lieferungen zustimmen und Flüchtlinge in Kriegsgebiete abschieben lassen.

Regelungen zu den letztjährigen Beschlüssen erarbeiten sollte, hat praktisch alles auf das nächste Jahr verschoben und nur einige allgemeine Absichtserklärungen unterzeichnet.

Wo der Profit einiger Weniger mehr als das Wohl aller zählt, ist auch nichts zu erwarten. Nötiger denn je wäre eine globale Wirtschaftsplanung, die an den Interessen der Menschen und der Umwelt ausgerichtet ist.

Unter anderem können wir unmittelbare Transporte von großen Mengen an Maschinen und Verbrauchsgütern sparen, die von Europa nach Amerika und Asien transportiert werden und umgekehrt. Verbunden mit einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem des Schienen-

verkehrs von Gütern und Personen, könnte so die Umweltbelastung drastisch reduziert werden.

Und natürlich muß endlich den profitfliegigen Unternehmen, die unter anderem riesige Flächen des Regenwaldes abholzen lassen, das Handwerk gelegt werden. Solche und noch weitere Maßnahmen werden Regierungen, die nach der Pfeife des Kapitalismus tanzen, wohl kaum ergreifen. Auch zur Rettung der Umwelt brauchen wir eine sozialistische Demokratie.

■

Hurrikan „Mitch“ zerstört große Teile Mittelamerikas Ist die Klimakatastrophe schon da?

Verheerende Wirbelstürme mit Überschwemmungen treffen die Bevölkerung in immer kürzeren Abständen. Taifune und Zyklone wüten im Pazifikaum und haben in diesem Jahr unter anderem in China, Bangladesch und Südamerika zu riesigen Überschwemmungen geführt, während Hurrikane ungekannten Ausmaßes unter anderem Kuba und die anderen Inseln der Karibik heimsuchten.

Siggi Buttenmüller, Freiburg

Zuletzt hat Hurrikan „Mitch“ bei seinem Zug durch Honduras, Nicaragua, El Salvador und Guatemala große Teile

Mittelamerikas weitgehend zerstört.

Allein vom Hurrikan „Mitch“ sind nach Schätzungen 2,5 Millionen Menschen betroffen, 1,5 Millionen davon wurden Obdachlos und konnten nur das eigene Leben retten. Und noch immer werden Zehntausende vermißt.

Zeitweilig wurde das Märchen vom „Phänomen El Niño“ verbreitet, daß angeblich punktlich alle 10 Jahre auftritt und die schweren Unwetter auslöst. Seröse Wissenschaftler warnen jedoch seit Jahren vor einer Erwärmung des Erdklimas, die unter anderem durch den hohen Ausstoß von Kohlendioxid und dem Raubbau an den tropi-

schon Regenwäldern hervorgerufen wird. Höhere Temperaturen führen zu mehr Wasserverdunstung, was wiederum zu den gestiegenen Niederschlagsmengen und den verheerenden Wirbelstürmen führt.

Eine sogenannte Klimakonferenz von 160 kapitalistischen Staaten hatte deshalb bereits im letzten Jahr im japanischen Kyoto über eine Senkung des Ausstoßes der Treibhausgase beraten. Es war dort aber lediglich eine Verringerung des Treibhausgasausstoßes um 5,2 Prozent bis zum Jahr 2012 beschlossen worden. Die jetzt zu Ende gegangene Klimakonferenz von Buenos Aires, die eigentlich konkrete Schritte und genauere

■

Israel

20.000 Studierende demonstrierten Anfang November in Israel für eine Halbierung der Studiengebühren. „Revolution“ hieß es in vielen Sprechchören, was die weitgehende Radikalisierung der Studierenden ausdrückt. Die israelischen Gewerkschaften haben einen einträgigen Generalstreik in Solidarität mit den Studierenden organisiert und kostenlosen Fahrmöglichkeiten zur Demo bereitgestellt. Die Bewegung wurde von der israelischen Polizei massiv attackiert. In den ersten 12 Tagen wurden 295 Studierende festgenommen und 71 bei Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt. In Israel gibt es keine Tradition von radikalen Studi-Protesten. Die aktuelle Bewegung folgt einer Streikbewegung der israelischen Arbeiterklasse gegen den Neoliberalismus der Netanyahu-Regierung.

Sri Lanka

Reginald Nissanka wird die Rückkehr in seinen Job verweigert, weil er ein führendes Mitglied der Vereinigten Sozialistischen Partei (USP), Schwesterpartei der SAAV in Sri Lanka) ist. Am 15. Juli wurde er zum Kandidaten der Linksfrent Bündnis aus verschiedenen linken und sozialistischen Parteien) für die Wahlen in der Westprovinz nominiert. In Sri Lanka erhalten Kandidaten unbezahlten Urlaub für den Wahlkampf. Als aber im August von der Regierung der Notstand ausgerufen wurde, wurden die Wahlen abgesagt. Die Bosse der Regierungsdruckerer, wo Reginald Nissanka arbeitet und aktiver Gewerkschafter ist, verweigern ihm nun die Rückkehr an seinen Arbeitsplatz mit der Begründung, die Wahlen seien nur verschoben und er sei immer noch ein Kandidat. Das bedeutet, daß Reginald seit Monaten ohne Lohn auskommen muß. Obwohl seine Kollegen Spenden für ihn sammeln wird seine Lebenssituation kritisch.

Bitte schiekt Protestbriefe an: Botschaft Sri Lankas, Noeggerathstr.15, 53111 Bonn

USA

1300 Delegierte besuchten den ersten USA-weiten Kongreß der neuen Labor Party (Arbeitspartei) nach der Gründung 1996. Neben über 10.000 Einzelmitgliedern haben sich Gewerkschaften der Labor Party angeschlossen, die über eine Million ArbeiterInnen vertreten. Der Kongreß beschloß in Zukunft KandidatInnen bei Wahlen aufzustellen. Mitglieder der US-Schwesterorganisation der SA.V. Labor Militant, griffen äußerst erfolgreich in den Kongreß ein. Sie konnten auf dem Kongreß acht neue Mitglieder gewinnen und konnten durchsetzen, daß innerhalb der Partei eine Diskussion zum Thema „demokratische Arbeiterkontrolle über die Wirtschaft“ begonnen werden soll. Sean Sweeney, Mitglied von Labor Militant wurde in den Vorstand der Labor Party gewählt. 130 Delegierte besuchten eine Randveranstaltung von Labor Militant. Mehr Informationen über die Labor Party gibt's im Internet unter: <http://www.igc.org/lpp/>

Was will die SAV?

Fast jeder macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Marktwirtschaft wirkt sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Mindeinheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand
Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau. Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV
Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, Kritische GewerkschaftlerInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr werden als einen durchschnittlicher Arbeitnehmer. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität
Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig. Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiter-Internationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei
Die Abwahl von Kohl war eine Ermüdung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unver-

Wofür wir kämpfen:

- Arbeit für Alle**
- Offentliche Investitionen und Neuenstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege, Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzernen und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
 - Verteilung der Arbeit auf Alle
 - 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
 - Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
 - Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
 - Gleicher Lohn in Ost und West
 - Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
 - Nein zu Privatisierungen
 - Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen
- Frauen**
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
 - Weg mit dem Paragraph 218
 - Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr
- Umweltschutz**
- Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
 - Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Bezahlbare Wohnungen**
- Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
 - Verbot von Maklerfähigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

meidlich enttäuscht werden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Da sie die Marktwirtschaft akzeptieren, werden sie versuchen, die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus
Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, daß Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen entzweit, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus

- Weg mit den Ausländergesetzen
- Wahrrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- Keine Abschiebungen

Keinen Fußball den Nazis

- Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Stop von Rüstungsexporten
- Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum ich bei der SAV mitmache

Stephan aus Kiel



„Ich bin schon länger politisch aktiv, vor allem zum Thema Umweltschutz und bei antifaschistischen Aktivitäten. Die SAV kenne ich schon eine Weile. Seit 1994 habe ich die VORAN abonniert. Auch mehrere Broschüren der SAV habe ich schon gelesen. Jetzt bin ich zum bundesweiten Seminar der SAV mitgefahren. Das hat mich beeindruckt, denn es ist nicht irgendeine marktstreiferische sondern es gibt offene Diskussionen. Ich habe einige Fragen gestellt und nach den Diskussionen zu den Perspektiven und dem SAV-Grund-

satzprogramm habe ich mich entschlossen einzutreten. Was ich besonders gut finde ist, daß die SAV nicht nur allgemeine Propaganda macht, sondern auch konkrete Gegenwehr organisiert.“

Spendenfonds

Weihnachtsgeschenk für die SAV

Wie schon in den letzten Jahren fällt bei Vielen das Weihnachtsgeschenk diesmal weniger üppig aus. 16 Jahre

kämpferische Umverteilungspolitik haben in den Geldbeuteln von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen deutliche Spuren hinterlassen. Die neue rotgrüne Bundesregierung ist aber leider auch nicht bereit, sich mit den Reichen anzulegen. Deshalb will sie den Spitzensteuersatz senken und erhöht die Steuern auf den Massenverbrauch statt umgekehrt.

Wir wollen eine sozialistische Alternative zu dem politischen Einheitsbrei der etablierten Parteien aufbauen. Dafür brauchen wir aber neben MitarbeiterInnen auch Geld. Den Druck unserer Zeitung VORAN, Flugblätter und Plakate, finanzieren wir ausschließl. aus Spenden unserer Mitglieder und anderer Leute, die unsere Arbeit gut finden.

Wir bedanken uns bei allen UnterstützerInnen, die durch ihre Spenden unsere Arbeit im vergangenen Jahr ermöglicht haben. Dieses Geld haben wir unter anderem dafür verwendet, Schirme und Fahnen für die SAV anzuschaffen. Mit Büchern Spenden konnten wir im Bundestagswahlkampf mehr als 20.000 Plakate mit Inhalten wie „Stopp Nazis und Rassi-

Gedenkfonds Pero Stanic

Bisher sind im Gedenkfonds an den verstorbenen Genossen Pero Stanic aus Aachen 5215 DM an die Sozialistische Alternative gespendet worden.

Wir bedanken uns auch im Namen der Angehörigen herzlich bei allen SpenderInnen und Spendern.
Das gespendete Geld werden wir im Sinne von Pero für die Verbreitung sozialistischer Ideen verwenden. Konkret werden wir das Geld unter anderem für die Anschaffung eines Layout-Computers für die Zeitungsherstellung ausgeben.

„Arbeit für alle“ und „Nein zur Politik für Banken und Konzerne“ drucken und verkleben.
Ein Schwerpunkt unserer Arbeit in den nächsten Wochen wird sein, unsere Zeitung VORAN inhaltlich und äußerlich weiter zu verbessern. Eine Verbesserung der technischen Ausstattung der Bundeszentrale ist dafür eine Voraussetzung. Zur Finanzierung unserer Unterstützung unserer Schwesterorganisationen in breiten Ländern haben wir einen Spendenappell gestartet, bei dem wir uns das ehrgeizige Ziel gesteckt haben, 15.500 DM bis Ende Januar '99 zu sammeln. 6.050 DM wurden

davon bereits von den TeilnehmerInnen des bundesweiten Seminars im November gespendet oder versprochen. Jetzt kommt es darauf an, alle GenossInnen und UnterstützerInnen nach einer Spende zu fragen, dann können wir das Ziel erreichen.
Die sich entwickelnde Weltwirtschaftskrise wird in Deutschland und weltweit eine stürmische Periode mit großen Chancen und Herausforderungen für SozialistInnen einleiten. Darauf müssen wir uns jetzt politisch aber auch finanziell vorbereiten. In diesem Sinne bitten wir Dich um eine extragroße Weihnachtsspende für die SAV.

Spendenappell zum Jahresende		Bis jetzt:	
6100 DM zugesagt		6100 DM zugesagt	
2254 DM eingegangen		2254 DM eingegangen	

Schon gespendet?
Bankverbindung: VORAN e.V.
Kto.-Nr.: 2500 59-430
BLZ 360 100 43
Postbank Essen

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

Dresden

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04
bei der SAV-Bundeszentrale

Frankfurt/Main

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04
bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04
bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg

Dienstags, 18.30 Uhr, Haus der Jugend, Steinkestr. 20, Hamburg-Harburg (S-Bahn Harburg Rathaus, Richtung Bremer Str.)
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04
bei der SAV-Bundeszentrale

Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombacherstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04
bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

Donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kamstr./Ecke

Wiersbergstr. U-Bahn Kalk
Kapelle, Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg), Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, an der Uferführung 12 (neben der Mörte), Infos. Tel.: (0271) 51 291

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Infos unter Tel.: (0711) 242442

über die SAV-Bundeszentrale,
Tel.: (0221) 13 45 04; Darmstadt, Duisburg, Göttingen, Krefeld, Recklinghausen und Saarbrücken.

Sonstige
Kontakt zu folgenden Städten

über die SAV-Bundeszentrale,
Tel.: (0221) 13 45 04; Darmstadt, Duisburg, Göttingen, Krefeld, Recklinghausen und Saarbrücken.

Stuttgart
Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Infos unter Tel.: (0711) 242442

über die SAV-Bundeszentrale,
Tel.: (0221) 13 45 04; Darmstadt, Duisburg, Göttingen, Krefeld, Recklinghausen und Saarbrücken.

Die nächste VORAN erscheint am 1. 2. 99

VORAN

Voran, Heftausgabe 4, 50670 Köln
Tel.: (02 21) 13 45 04 oder 13 45 04
Fax: 02 21 13 72 80
E-mail: SAV@BU.ND.de

Überregionale marxistische Monatszeitschrift - Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurinnen: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank: 5500 (BLZ: 360 100 43) Konto: 2500 59 430

für kämpferische Wahlbündnisse bei den Kommunalwahlen

Die Bundestagswahlen vom September 1998 haben mit nur einer rot-grünen Regierung gebrahrt, sondern auch linke Opposition in Form der PDS gestärkt. Dies macht deutlich, daß immer mehr Menschen eine Opposition links von SPD und Bündnis 90/Grünen suchen. Diese Opposition kann sich bei den Kommunalwahlen, die 1999 in verschiedenen Bundesländern stattfinden, noch verstärken. In den Ländern und Kommunen, auch dort wo SPD und linke mitregieren, wächst die zuzufriedenheit gegen sozialdemokratische, sozialliberale, sozialabbauliche Maßnahmen.

**Mirjam Alberti,
SAV Aachen**

Wir brauchen eine Politik, die Leitung für die Interessen von Beschäftigten, Jugendlichen, Frauen und AusländerInnen bietet. Und eine Politik, die antiparlamentarische Bewegungen, insbesondere betriebliche und gewerkschaftliche, unterstützt und anspricht.

In vielen Städten hat die Sozialistische Alternative, gemeinsam mit anderen linken Kräften, schon gute Arbeit in diese Richtung geleistet. Trotz aller parlamentarischen Unterschiede haben wir zum Beispiel in Aachen gemeinsame Aktivitäten gegen Sozialabbau durch den rot-grünen Stadtrat, gegen Arbeitslosigkeit, gegen das Europa-Parlament, gegen die rassistische Asylpolitik und gegen Neonazis durchgeführt.

Die Sozialistische Alternative schlägt vor, diese Zusammenarbeit in Westdeutschland bei den Kommunalwahlen 1999 in Form von gemeinsamen Wahlbündnissen fortzusetzen. Wir sehen darin die Möglichkeit den Druck von unten gegen die Sparpolitik der Stadträte auszubauen. Aber wir sehen auch die Chance, als linke Opposition in den Stadtrat einzuziehen und damit ein Sprachrohr für die unzufriedene Mehrheit zu werden. Ein solches Bündnis könnte aus linken Parteien, Organisationen, kritischen GewerkschafterInnen und anderen Einzelpersonen bestehen. Da bei der nächsten Kommunalwahl EU-Bürger erstmals Wahlrecht haben, könnten ImmigrantInnen, ausländische Organisationen und ausländische Gemeinden dafür gewonnen werden.

In Aachen könnte die gemeinsame Kandidatur-Stellung bezogen werden.

Leserbrief

**Liebe Genossinnen
und Genossen,**

Die neue Regierung hat ihr erstes Wahlversprechen gebrochen. Während die SPD im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag mit den Grünen versichert hat, ein bundesweites Verbot von Studiengebühren festzulegen, sollen jetzt in Niedersachsen ab dem Sommersemester 1999 Studiengebühren von 100 DM (zusätzlich zu den bisherigen 60,85 DM Sozialgebühren), erhoben werden. Diese Studiengebühren werden beiträge bezeichnet, wobei das Geld jedoch NICHT etwa dazu dienen soll, die Bedingungen an den Hochschulen zu verbessern, sondern dazu, den Länderschulstahl zu sanieren. Diese 100 DM Studiengebüh-

★ Gegen Sozialkürzungen in Stadt, Land und Bund, insbesondere in Aachen
★ Gegen den Stellenabbau durch die Stadt Aachen. Gegen Privatisierung, Budgetierung und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst
★ Gegen Prestigeobjekte und Unternehmenschenke, wie Aachen-Arena und Multi-Plex-Kinos an Hauptpost und Hauptbahnhof
★ Gegen einschüchternde Polizeipräsenz in der Stadt, und Kriminalisierung von Jugendlichen, Obdachlosen und AusländerInnen
★ Für ein städtisches Investitionsprogramm zur Schaffung von jährlich 1000 Arbeitsplätzen im kommunalen Bereich und die Schaffung von 200 überbetrieblichen Ausbildungsplätzen jährlich
★ Für die Demokratisierung der Kommunen. dieses VertreterInnen dieses Bündnis müssen sich verpflichten im Stadtrat:

1. Verbesserungen für Beschäftigte, Arbeitslose, sozial Schwache, Jugendliche und AusländerInnen einzufordern und Verschlechterungen strikt abzulehnen.
2. Den Schwerpunkt der eigenen Aktivitäten und der Öffentlichkeitsarbeit auf die Unterstützung außerparlamentarischer Proteste, darunter auch betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe, zu legen.
3. Keine Privilegien anzuerkennen, Sitzungsgelder usw. zur Unterstützung von Protesten zu spenden.
4. Über ihre Arbeit in regelmäßigen Versammlungen öffentlich zu berichten.
Die allgemeinen politischen Unterschiede zwischen den Parteien, Organisationen und Einzelpersonen sollen gleichzeitig transparent und nachvollziehbar bleiben. Alle Beteiligten sollen sich an dem Wahlkampf für die gemeinsame Liste daher unter ihrem eigenen Banner und mit ihrem eigenen Programm beteiligen können.
In Aachen haben wir erste Gespräche geführt. Für die PDS-Aachen kommt ein solches Bündnis in Frage, kritische GewerkschafterInnen wollen sich beteiligen. Daher hat die SAV zu einem ersten Treffen am 7.12.98 eingeladen. (Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor - Bericht in der nächsten VORAN.)



Der Schwerpunkt der Aktivitäten des Wahlbündnisses sollen außerparlamentarische Proteste sein wie hier in Köln.

ren stellen jedoch nur einen Teil eines drastischen Sparpaketes dar. So soll z. B. auch das Landesblindengeld von 960 auf 900 DM gekürzt werden, im Bereich der Volkshochschulen sollen 14 Millionen DM und bei den niedersächsischen Straßentheatern rund 14 Millionen DM eingespart werden. Auch die Kindertagesstätten sind von dem Sparpaket betroffen, ihre Finanzierung soll auf die Kommunen abgewälzt werden, wodurch auch in diesem Bereich etwa 85 Millionen DM fehlen werden.

Alle diese Einsparungen widersprechen den Wahlversprechen von sozialer Gerechtigkeit in hohem Maße. Anhand der Kürzungen, die

etwa 30 Millionen DM einbringen sollen, will die Landesregierung die Haushaltsdefizite ausgleichen, während auf der anderen Seite 46 Millionen DM für den Neubau der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin verwendet werden sollen, außerdem soll die Unterrichtsfinanzierung in Niedersachsen um 75 Millionen DM erhöht werden.

Der Bildungsminister Oppermann, der den Göttinger Landkreis als Abgeordneter im Landtag vertritt, äußerte sich in der Tagesschau abfällig gegenüber den bisherigen Protestaktionen und den Rücktrittsforderungen einiger Studenten.
Die Stimmung in Niedersachsen scheint sich wieder in Richtung eines neuen Studententstreichs zu bewegen. Bisher haben in Göttingen (u.a. Besetzung des SPD-Parteigebäudes) und Niedersachsen mehrerer Protest-

Aus vielen verschiedenen Ländern wurde in dieser Ausgabe der VORAN berichtet. Anders als andere Zeitungen schreibt VORAN über die Probleme nicht aus "deutscher" Sicht, das heißt nicht vom Standpunkt der Regierung und nicht aus dem Blickwinkel der Interessen der Wirtschaft. Wir berichten über die Lage und die Ereignissen in den anderen Ländern aus Sicht der Arbeitenden und der Armen in der ganzen Welt.

Für die VORAN schreiben aktive Gewerkschafter und SozialistInnen aus allen Kontinenten. Wir wollen dabei nicht nur die Probleme beschreiben, sondern wir wollen auch die Ursachen für Kräfte, Hunger, Unterdrückung erklären. Und wir wollen davon ausgehend Lösungen und einen Ausweg aus der kapitalistischen Misere aufzeigen.
LeserInnenbriefe und kurze Berichte über Dinge die

Euch aufregen und die geändert werden müßten: aus Schule, Hochschule, dem Betrieb oder über alltägliche Erfahrungen. Wer noch nicht Abonnent ist sollte es jetzt werden. Ansonsten sollte jeder auch unter Freunden, Kollegen neue Abonnenten werben oder ein VORAN-Abo verschenken. Das Abo kann übrigens jederzeit und mit sofortiger Wirkung gekündigt werden. Auch darin sind wir anders als andere Zeitungen. Unser Ziel ist nämlich nicht, mit dem Verkauf der Zeitung Gewinn zu machen, sondern Informationen und Ideen zu verbreiten. Aber natürlich brauchen wir für die Zeitung und unsere Arbeit Geld. Wer kann sollte deshalb sein Abo mit einer regelmäßigen Spende verbinden.

Von November 98 bis März 99 haben wir uns zum Ziel gesetzt, 400 neue Abonnenten zu gewinnen. Bei Redaktionsschluß Anfang Dezember hatten 71 LeserInnen ein Abonnement bestellt.
VORAN, die Zeitung der Sozialistischen Alternative (SAV), lebt für und von ihren LeserInnen. Wir fordern jede/n auf, selbst für die VORAN zu schreiben. uns Schickt LeserInnenbriefe und kurze Berichte über Dinge die

JA, ich möchte die VORAN abonnieren!

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name _____ Telefon _____

Adresse _____

Geschenk-Abo befristet, 10 Ausgaben zu 25 DM unbefristet

Ich verschenke das Abo. Bitte an folgende Adresse liefern:

Name _____ Telefon _____

Adresse _____

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über:

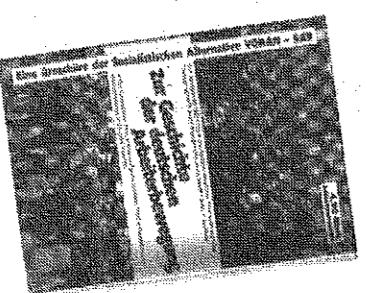
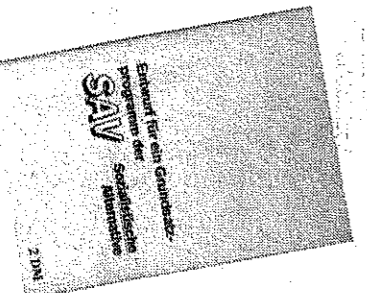
DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift _____

Kontoinhaber, Bank/BLZ _____

Ort, Datum, Unterschrift _____

Broschüren



Die geplanten Einsparungen zeigen sehr deutlich, daß wir von der neuen Regierung keine Verbesserungen zu erwarten haben, vielmehr wird sie die Kohl-Regierung wahrscheinlich was Kürzungen im sozialen Bereich betrifft, eher noch überreffen. Jetzt gilt es, sich mit den anderen gesellschaftlichen Gruppen zu solidarisieren und die neue Regierung direkt mit massiven Protesten unter Druck zu setzen! Gleichzeitig muß klar sein, daß sich innerhalb des kapitalistischen Systems solche drastischen Belastungen der Einkommensschwachen Geselelschaftsgruppen immer wieder ergeben werden. Es gilt also, für eine wirkliche Alternative zu kämpfen!
Dagmar Lieske, Studentin, Göttingen

Neu:
Das Grundsatzprogramm der SAV (Entwurf),
Das Programm wird auf der Bundeskonferenz im April 1999 verabschiedet werden.
16 Seiten,
DIN A 4, 2,- DM

Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Vora-
rtikelsammlung vom
Versagen der SPD 1914 über
den Faschismus bis zur
Revolution/Konterevolution
in der DDR 1990, DIN A 4,
50 Seiten, 4,50 DM

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 201 Dezember 1998 / Januar 1999

1, – DM Solidaritätspreis 3, – DM

Sozialismus ist

Notwendigkeit geworden

Die PDS und das Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Jedes Jahr im Januar ehren zehntausende die beiden herausragenden Führer der deutschen Arbeiterklasse, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ihr Name ist auch heute noch eng mit dem Kampf für Sozialismus verbunden. Doch für Sozialisten kann es heute nicht ausreichen, diese beiden Kämpfer für ihre Ideen, ihre politische Prinzipienfestigkeit und ihren Kampfegeist zu ehren. Notwendig ist es vielmehr, ihr politisches Erbe zu verstehen und auf die heutige Zeit anzuwenden

Anja Zander, Berlin

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in Polen geboren und war in der dortigen Sozialdemokratie aktiv. Um der Verhaftung zu entgehen übersiedelte sie zuerst in die Schweiz und später nach Deutschland. Hier stütze sie sich mit aller Kraft in die Arbeit und eroberte sich schon sehr schnell einen führenden Platz in der deutschen Sozialdemokratie.

Kampf gegen Reformismus

Sie spielte eine herausragende Rolle in den Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie. Besonders hatte sie sich den Kampf gegen Reformismus und Opportunismus auf die Fahnen geschrieben, deren Vertreter die revolutionäre Strategie von Marx als überholt ansahen. Stattdessen waren diese der Meinung, es sei möglich, durch eine Taktik der schrittweisen Reformen und der parlamentarischen Arbeit friedlich zum Sozialismus zu kommen. Luxemburg dagegen erklärte in ihrem auch heute noch sehr aktuellen Buch „Sozialreform oder Revolution“, daß zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzerrennlicher Zusammenhang besteht, bei dem „die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“ Mit aller Entschiedenheit wandle sie sich gegen jede Illusion von der Reformierbarkeit des Kapitalismus. Mit dem ihr eigenen Witz bezeichnete sie die Idee Bernsteins, dem wichtigsten Vertreter des Reformismus: „... das Meer durch flaschenweises Hinzuflügen der sozial-reformistischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süße zu verwandeln“ als abgeschmackt und phantastisch. Doch gleichzeitig unterstützte

sie jeden Kampf der Arbeiter für die kleinste Verbesserung und unterstützte auch die Bedeutung dieses Kampfes, da die Arbeiter dabei lernen würden, sich zu organisieren und ihre Kraft zu erkennen.

Die PDS, die sich selbst als sozialistische Partei bezeichnet, müßte sich heute wohl die gleiche Kritik von Luxemburg gefallen lassen, wie damals Bernstein. Schließlich steht sie den Sozialismus in erster Linie als „Vision“ und „Bewegung“ statt als Ziel. Und statt der Erziehung einer demokratisch geplanten Wirtschaft entspre-

Auch er war schon von früher Jugend an politisch aktiv. Besonders engagierte er sich in der antimilitaristischen Jugendarbeit. Er war unter anderem Mitbegründer und erster Präsident der sozialistischen Jugendinternationale.

Sozialistische Parlamentsarbeit

Liebknecht zeigte, wie man revolutionäre Arbeit im bürgerlichen Parlament machen kann. Schon 1901 wurde er Berliner Stadtvorordner und 1912 in den Reichstag ge-

bewegung und konnte so entscheidend zur Massenmobilisierung und Streiks gegen den Krieg beitragen.

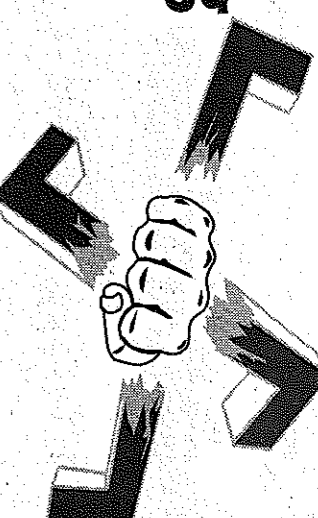
Wo gibt es den PDS-Abgeordneten, der sich nicht in den parlamentarischen Sumpf ziehen läßt, sondern sein Abgeordnetenmandat einzig und allein zur Verbreitung sozialistischer Ideen und zur außerparlamentarischen Mobilisierung nutzt? Die große Mehrheit der PDS-Abgeordneten beugt sich bei jeder Gelegenheit den sogenannten Sachzwängen. In Rostock hat die PDS in den vergangenen Jahren Kita-Schließungen, Wasserprivatisierung und der Haftprivatisierung zugestimmt - anstatt wie Liebknecht gemeinsam mit den Betroffenen wirksamen außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren.

Neue Arbeiterpartei

Luxemburg und Liebknecht waren einige der wenigen Führer der SPD, die sich 1914 nicht von Nationalismus und Kriegsbegeisterung anstecken ließen. Beide organisierten von Anfang an unermüdlich die Opposition gegen den Krieg. In den 1915 im Gefängnis geschriebenen „Juniusbriefen“ weist Luxemburg aber auch daraufhin, daß es angesichts des Verrats der offiziellen Parteiführung nun notwendig sei, eine neue Arbeiterinternationale aufzubauen. In den letzten Monaten ihres Lebens setzten sie alles daran, dies in die Tat umzusetzen und versuchten der revolutionären Welle in Deutschland eine politische Führung zu geben. Zusammen mit anderen revolutionären Marxisten wie Liebknecht begann sie 1915 die „Gruppe Internationale“ und ab 1916 den „Spartakusbund“ aufzubauen. Im Januar 1919 gehörten sie zu den Mitbegründern der KPD.

Das politische Erbe von Karl und Rosa zu verteidigen kann heute nur zu einer Schulfolgerung führen: Ablehnung des rechten Kurses der PDS-Führung und Kampf für den Aufbau einer neuen internationalistischen Arbeiterpartei, die sich kompromißlos für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft einsetzt. Die SAV ruft jeden und jede dazu auf an dieser Aufgabe mitzuwirken.

Die Zeitung gegen Nazis



Kommt alle zur Demonstration zu Ehren von Luxemburg und Liebknecht

am 10.1. 1998 in Berlin

Beginn: 10 Uhr am Platz der Vereinten Nationen

Anschließend:

Veranstaltung der SAV:

Thema: „Sozialismus ist Notwendigkeit geworden – was würden Luxemburg und Liebknecht heute tun?“

Ort : Kulturpodium, Frankfurter Allee 225 (Nähe U-Bhf. Lichtenberg)

Zeit : 14 Uhr nach der Demonstration

weitere Infos im SAV-Büro Berlin
Tel. (030) 4408429

Auftraggeber SPD

„Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“ Das erklärte SPD-Vorsitzender Friedrich Ebert am Vorabend der Novemberrevolution 1918.

Aber es war keine andere Kraft als die Arbeiter und Soldaten, die den Krieg beendeten, den Kaiser davonjagten und die Diktatur beendeten. (...) Die Arbeiter- und Soldatenräte waren damals eine echte Gegenmacht zu den Unternehmen und der alten bürgerlichen Staatsbürokratie. Sie hätten sich zu den Staatsorganen eines sozialistischen Deutschlands entwickeln können, wäre die Revolution damals vollendet worden, nämlich Unternehmer und Großgrundbesitzer enteignet, der alte preußische Staatsapparat vollends entmachtet worden. Doch dazu sollte es nicht kommen. Die SPD-Führung reichte die Großindustriellen, Bankiers, ihre hohen Staatsbeamten und sich selbst vor der Revolution. (...) Wo Worte nicht ausreichen, setzte sie militärische Gewalt gegen die Arbeiter- und Soldatenräte ein. Sie veranlaßte die Ermordung der führenden Köpfe der Revolution: Luxemburg und Liebknecht.

Noske

(...) Die Hauptrolle bei ihrer Ermordung spielte Militär-Minister Gustav Noske. Die reaktionären Freikorps, die den Doppel mord ausführen, unterstanden seinem Befehl.

In Zusammenarbeit mit Hauptmann Pabst wurden Liebknecht und Luxemburg verhaftet und ermordet. Nach der Ermordung wurde Pabst in der Reichskanzlei eingeleitet, wo ihm Noske dankbar die Hand drückte. Es folgt ein Gerichtsverfahren vor einem Kriegserichter, der von Pabst eingesetzt wurde. (...) Als das Verfahren im Sande verlief, veröffentlichte Leo Logiches, der langjährige Freund von Rosa Luxemburg, Zeugenaussagen, die die Regierung unter Druck brachten.

Nachkriegsjustiz

Doch Mord ist nicht gleich Mord. Die Mörder von Luxemburg und Liebknecht wurden auch im Nachkriegsdeutschland nicht verfolgt, obwohl die Beweislage immer klarer wurde.

Pabst selbst hatte in seinen Memoiren und in Interviews freimütig über die Tatumstände und Mörder geplaudert. Pabst gab zu, daß ein Marineoffizier namens Souchon Rosa Luxemburg erschossen hatte. Weder er selbst, der den Mordbefehl erteilte, noch die Mitarbeiter kamen vor Gericht. Stattdessen prozessierte Souchon gegen den Journalisten, der die Wahrheit über die Ermordung ans Licht der Öffentlichkeit brachte. 1969 kam es vor dem Landgericht Stuttgart zu einem Prozeß. (...) Das Gericht setzte sich bei seinem Urteil einzig und allein auf die gefälschten Untersuchungsunterlagen des Freikorps von 1919. Im Namen des Volkes wurde entschieden, daß der Journalist unrecht habe und Souchon unschuldig sei. Eine Berufung wurde abgelehnt.

Ursel Beck, Köln (gekürzter Artikel aus VORAN Nr. 186)

Weitere Infos in: Klaus Gietinger, Eine Leiche im Landwehrkanal, Verlag 1900